

Axel Börsch-Supan, Tabea Bucher-Koenen, Michael Ziegelmeyer

***Deutsche Privathaushalte in der Finanz- und Wirtschaftskrise
- Betroffenheit und Reaktionen***

Axel Börsch-Supan
Tabea Bucher-Koenen
Martin Gasche
Michael Ziegelmeier

Deutsche Privathaushalte in der
Finanz- und Wirtschaftskrise
- Betroffenheit und Reaktionen

Impressum

Herausgeber:

Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel

Universität Mannheim

L 13, 17, D-68131 Mannheim

Telefon +49 621 181-1862

www.mea.uni-mannheim.de

Autoren: Axel Börsch-Supan, Tabea Bucher-Koenen, Martin Gasche, Michael Ziegelmeyer

Copyright © 2009, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Tabellen, der Funksendungen, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in EDV-Anlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung des Werkes oder Teile davon ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des deutschen Urheberrechtsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung zulässig.

Wir danken Anette Reil-Held für ihre hilfreichen Kommentare. Das MEA ist ein Forschungsinstitut der Universität Mannheim, das sich zu etwa zwei Dritteln aus Mitteln der Forschungsförderung finanziert. Wir danken vor allem der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das SAVE-Panel finanziert. Wir danken ebenso dem Land Baden-Württemberg und dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft für die Grundfinanzierung des MEA.

Zusammenfassung

Diese Studie gibt einen ersten Überblick, inwieweit die privaten Haushalte in Deutschland durch die Finanz- und Wirtschaftskrise im Sommer 2009 betroffen sind. Dabei stehen die Veränderungen der Erwartungen der Haushalte, ihre kurzfristigen Reaktionen auf die Krise und die langfristigen Pläne zur Anpassung ihres Sparverhaltens im Vordergrund. Zudem untersuchen wir die Reaktion der Haushalte auf die staatliche Konjunkturpolitik. Datenbasis ist das Haushaltspanel SAVE des MEA, das in seiner siebten Welle 2009 die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der deutschen Haushalte und ihre Veränderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bis zum Sommer 2009 repräsentativ erfasst.

Unsere Ergebnisse zeigen ein sehr differenziertes Bild. Etwa 20% der Haushalte geben an, dass sie Vermögensverluste erlitten haben. Weniger als 4% der Haushalte haben nach eigenen Angaben über 10% ihres Vermögens durch die Krise verloren. Etwa ein Viertel leidet unter der Wirkung der Krise auf den Arbeitsmarkt, also Einkommensverlusten, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder erhöhter Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Umgekehrt geben etwa 61% der Haushalte an, dass sie von diesen Kriseneffekten nicht betroffen sind.

Die Betroffenheit ist allerdings nicht gleichmäßig verteilt. Am häufigsten erlitten Haushalte in den oberen Einkommens- und Vermögensquintilen Vermögensverluste. Auch ältere Haushalte, Haushalte in denen Männer entscheiden, sowie Selbständige und Beamte verbuchen häufiger Vermögensverluste. Die selbsteingeschätzten Verluste im Verhältnis zum Vermögen fallen jedoch in den unteren Vermögens- und Einkommensschichten und bei Frauen höher aus.

Arbeitsmarktspezifische Risiken betreffen die Einkommens- und Vermögensschichten einigermaßen gleichmäßig. Dies liegt vor allem daran, dass Haushalte mit höherem Einkommen und Vermögen häufiger von Einkommenseinbußen betroffen sind, wohingegen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in den unteren Einkommens- und Vermögensbereichen dominieren.

Vermögensumschichtungen halten sich sowohl insgesamt als auch bei den von Verlusten betroffenen Haushalten in Grenzen. Nur ein sehr kleiner Teil der Haushalte hat das Portfolio umgeschichtet. Auch beim Sparverhalten zeichnen sich im Frühsommer 2009 keine großen Reaktionen ab. Selbst für die Zukunft plant nur ein geringer Teil der Haushalte, das Sparverhalten grundsätzlich zu verändern. Woran diese Zögerlichkeit liegt – Verunsicherung, geringe Betroffenheit oder nüchternes Kalkül – kann erst nach genügend zeitlichem Abstand beurteilt werden.

SAVE 2009 liefert auch Anhaltspunkte zur Beurteilung des Erfolgs staatlicher Konjunkturpolitik. Wir können höchstens einen Teilerfolg feststellen: Etwa ein Drittel der Haushalte geben an, von den Maßnahmen des Konjunkturpakets II erreicht worden zu sein, und diese Haushalte haben etwa drei Viertel ihres Zusatzeinkommens für den Konsum ausgegeben. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass die Entlastungen bei weiten Teilen der Bevölkerung (65% der Haushalte) nicht als spürbar angekommen sind. Zudem setzten die Haushalte, die angeben, entlastet worden zu sein, diese zusätzlich verfügbaren Mittel nur zu höchstens 74% für den Konsum ein. Die Sparquote aus Mitteln des Konjunkturprogramms lag mit über 26% mehr als doppelt so hoch wie die normale Sparneigung.

Inhalt

1. Das Wichtigste in Kürze.....	1
2. Vorüberlegungen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf private Haushalte.....	11
3. SAVE 2009	23
4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?	25
4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste.....	25
4.1.1 Vermögensverluste der SAVE-Befragten: Betroffenheit und Ausmaß.....	25
4.1.2 Vermögensverluste nach Einkommen und Vermögen der Befragten	30
4.1.3 Vermögensverluste differenziert nach Alter der Befragten	35
4.1.4 Vermögensverluste nach Berufsgruppen.....	38
4.1.5 Vermögensverluste nach Geschlecht des Entscheidungsträgers in finanziellen Angelegenheiten	40
4.1.6 Zusammenfassung	43
4.2 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken	44
4.2.1 Betroffenheit der SAVE-Befragten von Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken	44
4.2.2 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken nach Einkommen und Vermögen der Befragten.....	45
4.2.3 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken nach Alter der Befragten	49

4.2.4 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken nach Berufsgruppen	50
4.2.5 Zusammenfassung	52
5. Erwartungsanpassung	53
6. Reaktionen auf die Finanzkrise	59
6.1 Reaktionen auf Vermögensverluste	59
6.2 Vermögensumschichtungen.....	60
6.3 Änderungen im Sparverhalten	66
6.4 Zusammenfassung	71
7. Wirkung der Konjunkturmaßnahmen	73
7.1 Betroffenheit durch Konjunkturmaßnahmen	74
7.2 Reaktion auf Konjunkturmaßnahmen.....	76
7.3 Zusammenfassung	79
8. Fazit	81
Literatur	87
Anhang	90
Anhang A: Soziodemographische Merkmale der Haushalte in SAVE 2009 (N=2.222).....	90
Anhang B: Fehlende Angaben (Item Nonresponse).....	91
Anhang C: Fragen zur Finanz- und Wirtschaftskrise im SAVE Fragebogen 2009	92

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Persönlicher Vermögensverlust der SAVE-Befragten ...	26
Tabelle 2: Höhe der Vermögensverluste in Euro	27
Tabelle 3: Vermögensverluste als Anteil am Finanzvermögen Ende 2007	29
Tabelle 4: Vermögensverluste als Anteil am Bruttogesamtvermögen Ende 2007	30
Tabelle 5: Betroffenheit durch Vermögensverluste nach Einkommensquintilen	31
Tabelle 6: Betroffenheit durch Vermögensverluste nach Vermögensquintilen	32
Tabelle 7: Anteil des Vermögensverlustes 2008 am Finanzvermögen Ende 2007 nach Einkommensquintilen Ende 2008	33
Tabelle 8: Betroffenheit von Vermögensverlusten nach Berufsgruppen	39
Tabelle 9: Entscheidungsträger 2007 und Vermögensverlust in 2008	40
Tabelle 10: Entscheidungsträger und Vermögen 2007 in Euro	42
Tabelle 11: Höhe der Verluste bei Haushalten mit männlichem/weiblichem Entscheidungsträger in Euro	42
Tabelle 12: Höhe der Verluste bei Haushalten mit männlichem/weiblichem Entscheidungsträger als Anteil am Vermögen	43
Tabelle 13: Betroffenheit durch Einkommens- und Arbeitsmarktrisiken	45
Tabelle 14: Betroffenheit durch die Finanz- und Wirtschaftskrise nach Berufsgruppen	51

Tabelle 15: Reaktion auf den Wertverlust der Anlagen	59
Tabelle 16: Verwendung des Erlöses aus dem Anlagenverkauf.....	60
Tabelle 17: Erlös aus dem Anlagenverkauf und verbleibendes Geld am Ende eines Monats.....	60
Tabelle 18: Vermögensumschichtungen	61
Tabelle 19: Wohin wird Vermögen umgeschichtet?	62
Tabelle 20: Änderung des Sparverhaltens 2009	67
Tabelle 21: Gründe für eine höhere Ersparnis 2009	67
Tabelle 22: Gründe für eine geringere Ersparnis 2009.....	68
Tabelle 23: Höhere Ersparnis wegen gesteigener genereller Unsicherheit und Arbeitsplatzunsicherheit.....	69
Tabelle 24: Höhere Ersparnis wegen Unsicherheit und Einkommens- bzw. Arbeitsplatzverlust.....	69
Tabelle 25: Grundsätzliche Änderung des Sparverhaltens	70
Tabelle 26: Reaktionen auf das Konjunkturpaket II.....	74
Tabelle 27: Verwendung eines Konsumgutscheins	77
Tabelle 28: Zukünftige Steuererhöhung wegen des Konjunkturpakets	78

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vermögensverluste.....	28
Abbildung 2: Anteil der Haushalte mit Verlusten nach Altersklassen	36
Abbildung 3: Vermögensverlust als Anteil am Finanzvermögen nach Altersklassen.....	38
Abbildung 4: Einkommens- / Arbeitsplatzrisiken nach Einkommensquintilen.....	48
Abbildung 5: Einkommens-/ Arbeitsplatzrisiken nach Vermögensquintilen	48
Abbildung 6: Einkommens- und Arbeitsplatzrisiken nach Alter	50
Abbildung 7: Positive Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands	55
Abbildung 8: Positive Erwartungen zur eigenen wirtschaftlichen Situation	56
Abbildung 9: Anteil der Haushalte, die am Ende des jeweiligen Jahres bestimmte Geldvermögenskategorien halten.....	65
Abbildung 10: Anteil der Geldvermögenskategorien am gesamten Geldvermögen	66

1. Das Wichtigste in Kürze

Seit nunmehr Mitte 2007 hält die Finanzkrise und seit spätestens Ende 2008 die Wirtschaftskrise Finanzinstitutionen, Politik und Unternehmen in Atem. Gilt dies auch für die privaten Haushalte? Dies ist das Thema dieser Studie.

Bislang konnten nur Teilaspekte (z.B. zur Altersvorsorge) der Auswirkungen der Krise auf die deutschen Privathaushalte und deren Reaktionen untersucht werden (vgl. Benz, Raffelhüschen und Vater, 2009 sowie Börsch-Supan, Gasche und Wilke, 2009). Dazu wurden Aggregatsdaten und Simulationsrechnungen verwendet. Die SAVE Umfrage im Frühjahr und Sommer 2009 ermöglichte hingegen zum ersten Mal auf Mikroebene eine sehr detaillierte Erfassung, inwieweit deutsche Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen waren und ob und in welchem Umfang sie – zumindest kurzfristig – auf die Krise reagiert haben.

Unsere Untersuchung erstreckt sich dabei nicht nur auf die Betroffenheit durch Vermögensverluste, sondern bezieht auch die geänderten Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt mit ein. Die Analyse der Reaktionen enthält dabei sowohl bereits vollzogene Veränderungen im Sparverhalten wie auch Erwartungen über das zukünftige Sparverhalten und Reaktionen auf politische Maßnahmen.

Im Folgenden stellen wir die Ergebnisse in drei kurzgefassten Abschnitten vor.

1. Wer ist wie von der Krise betroffen?

- Etwa 20% der Haushalte geben an, Vermögensverluste erlit-

0B1. Das Wichtigste in Kürze

ten zu haben. Etwa 25% sehen sich über den Arbeitsmarkt in Form von Einkommenseinbußen, Kurzarbeit, Arbeitsplatzverlust und erhöhter Arbeitsplatzunsicherheit betroffen. Da einige Haushalte sowohl Vermögensverluste erlitten haben als auch arbeitsmarktmäßig von der Krise getroffen wurden, ergibt sich, dass insgesamt **knapp 40% der Haushalte von der Krise beeinträchtigt** sind. Eine Mehrheit von **über 60% der deutschen Haushalte**, gibt im Frühsommer 2009 hingegen an, noch **von der Krise verschont** geblieben zu sein.

- Im Durchschnitt verbuchen die privaten Haushalte in SAVE einen **Verlust** von etwas weniger als **2.500€**. Das entspricht im Durchschnitt etwa **3,6% des Finanzvermögens** bzw. etwa **1,7% des Bruttogesamtvermögens** Ende des Vorjahres. Über 9% der Haushalte verloren mehr als 10% ihres Finanzvermögens. Allerdings erlitten nur knapp 4% aller Haushalte Vermögensverluste von mehr als 10% bezogen auf ihr Gesamtvermögen.
- Über Einkommens- und Vermögensquintile hinweg zeigt sich, dass **wohlhabende Haushalte und Haushalte mit höherem Einkommen** eher von Verlusten durch die Finanzkrise betroffen sind.
- Allerdings geben **Haushalte mit geringerem Vermögen bzw. Einkommen relativ höhere Verlusten** an (ausgedrückt in Prozent ihres Finanzvermögens). Während von Vermögensverlusten betroffene Haushalte im untersten Einkommensquintil angeben, im Durchschnitt knapp ein Drittel

ihres Finanzvermögens verloren zu haben, verloren Haushalte im obersten Einkommensquintil im Durchschnitt nur etwas mehr als 13%.

- **Ältere Personen** sind stärker von Verlusten betroffen, wenn man diese als Anteil am Finanzvermögen misst. Dies gibt insofern Anlass zur Sorge, weil Ältere nur noch begrenzte Reaktionsmöglichkeiten haben, während Jüngere ihre Verluste aussitzen oder ihr Sparverhalten entsprechend anpassen können. In der Altersgruppe von 61 bis 70 Jahren erleiden mehr als 13% aller Haushalte Verluste von über 10% ihres Finanzvermögens.
- Haushalte mit ausschließlich **männlichem Entscheidungsträger erlitten häufiger Vermögensverluste** als Haushalte mit weiblichem Entscheidungsträger. Allerdings sind die durchschnittlichen **Verluste von Frauen** als Anteil am Finanzvermögen **höher** als die der Männer.
- Die **Einkommenseinbußen und arbeitsmarktspezifischen Risiken** sind insgesamt über die Einkommens- und Vermögensquintile hinweg recht **gleichmäßig verteilt**. Haushalte mit geringem Einkommen und Vermögen sind eher von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und erhöhter Unsicherheit bzgl. ihres Arbeitsplatzes betroffen, wohingegen reichere Haushalte mit höherem Einkommen eher angeben, Einkommensverluste erlitten zu haben. Dies scheint insbesondere am hohen Einkommensrisiko von Selbständigen zu liegen.
- Betrachtet man die Betroffenheit durch die Finanz- und Wirtschaftskrise über verschiedene Berufsgruppen, nehmen die **Selbständigen** mit einem Anteil von knapp 37% bei der

0B1. Das Wichtigste in Kürze

Betroffenheit durch Vermögensverluste und mit ca. 23% bei den Einkommensverlusten den ersten Platz ein. Dem gegenüber stehen die **Beamten**, die kaum mit Einkommens- und Arbeitsplatzverlusten, Kurzarbeit oder einem unsicheren Arbeitsplatz zu kämpfen haben. Allerdings haben 30% der Beamten Vermögensverluste erlitten. Dies liegt zum Teil, ähnlich wie bei den Selbständigen, daran, dass Beamte ein durchschnittlich höheres Nettogesamtvermögen aufweisen. **Arbeiter** sind am häufigsten von Arbeitsplatzunsicherheit betroffen (ca. 23%). Zudem geben knapp 7% der Arbeiter an, nach einer Entlassung bereits eine erneute Anstellung als Arbeiter gefunden zu haben. Auch die Kurzarbeit ist unter Arbeitern mit 16% am weitesten verbreitet. **Angestellte** sind durch Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit etwa halb so stark betroffen wie Arbeiter. Doch die Unsicherheit bzgl. des Arbeitsplatzes ist mit 22% die zweit höchste in unserem Vergleich.

Dass eine Mehrheit der Haushalte angibt, zum Zeitpunkt der Befragung im Frühsommer 2009 nicht von der Krise betroffen zu sein, mag unterschiedliche Ursachen haben: Zum einen treten die realwirtschaftlichen Folgen der Krise erst verzögert ein. So werden die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt vermutlich erst im Winter 2009/2010 an Dynamik gewinnen, wenn beispielsweise die Unternehmen das Instrument der Kurzarbeit zur Überbrückung der Krise nicht mehr so stark nutzen können und daraufhin im Rahmen von Strukturanpassungen Personal entlassen könnten. Andere konjunkturelle Stimuli wie die Abwrackprämie, deren Mittel seit Septem-

ber 2009 ausgeschöpft sind, kommen nicht mehr zum Tragen, was sich ebenfalls negativ auf die Beschäftigung in den betroffenen Wirtschaftszweigen auswirken kann. Zum anderen könnte die individuelle Betroffenheit erst mit der Zeit realisiert werden. Es kann sein, dass bestimmte Haushalte ihre Betroffenheit also bisher unterschätzen, da die Notwendigkeit zur Veränderung persönlicher Gewohnheiten sich erst schleichend bemerkbar macht.

2. Reaktionen der Haushalte auf die Krise

Als eine erste Reaktion auf die Krise messen wir die Veränderung der **Erwartungen der Haushalte**. Dies ist wichtig, da besonders Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und bezüglich der eigenen wirtschaftlichen Situation Einfluss auf aktuelle Konsum- und Sparscheidungen haben dürften.

- Betrachtet man die Entwicklung der Erwartungen zur zukünftigen wirtschaftlichen Situation Deutschlands und der eigenen wirtschaftlichen Lage über die Jahre 2006 bis 2009, so fallen die Erwartungen nach einem Hoch im Jahr 2007 vor allem von 2008 auf 2009 rapide ab.
- Dabei fällt auf, dass Erwartungen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stärker schwanken als Erwartungen zur eigenen wirtschaftlichen Situation.

Folgt man der ökonomischen Theorie, sollten sowohl die persönliche Betroffenheit wie auch die Erwartungsanpassungen zu **Reaktionen** der Haushalte in ihrem Spar- und Anlageverhalten führen.

- Tatsächlich zeigen sich jedoch nur **wenige Haushalte aktiv**. Lediglich 25% der Haushalte geben an, ihre durch Wertverluste betroffenen Anlagen zumindest teilweise verkauft zu

0B1. Das Wichtigste in Kürze

haben. Der Erlös floss vor allem bei Haushalten mit geringem Einkommen in den Konsum.

- **Vermögensumschichtungen** (auch ohne vorherigen Wertverlust) fanden **bei etwa 8%** aller Haushalte statt. Hier wurden vor allem „sichere“ Anlagen wie Sparanlagen, Girokonten und Bargeld ausgewählt.
- Die zurückhaltende Vermögensumschichtung zeigt sich auch bei der Analyse des Geldvermögens. So ist der Besitz verschiedener Anlageklassen des Geldvermögens über die Jahre 2006-2009 recht stabil. Betrachtet man allerdings die Anteile einzelner Geldvermögenskategorien am Geldvermögen, so stellt man neben einem **starken Zuwachs bei Sparanlagen** auf knapp 48% des Geldvermögens, ein **Ab-sinken des Anteils von Aktien(-fonds) und Immobilien-fonds um 7 Prozentpunkte** auf 22% des Geldvermögens fest, also um ein gutes Viertel. Der letzte Punkt ist sowohl durch Umschichtungen als auch durch den Wertverlust dieser Anlageklasse zu erklären.
- Bei der Höhe der Ersparnis lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt kein eindeutiger Trend ausmachen. **12%** der Haushalte geben an, 2009 **mehr zu sparen** als 2008. Der Grund für die höhere Ersparnis liegt in erster Linie in der **gestiegenen Unsicherheit**. **7%** wissen bereits jetzt, dass sie 2009 **weniger sparen** werden als 2008. Verantwortlich für eine niedrigere Ersparnis ist hauptsächlich das **gefallene Einkommen**.
- Die Daten aus 2009 liefern wichtige Anhaltspunkte in Bezug auf kurzfristige Verhaltensanpassungen. Langfristige

Auswirkungen der Krise können wir jedoch erst dann identifizieren, wenn den Haushalten alle finanziellen und arbeitsmarktbezogenen Auswirkungen bekannt sind.

3. Reaktionen auf die Konjunkturpakete

Auch die Analyse der Wirkungen von staatlichen Konjunkturmaßnahmen auf die Binnennachfrage liefert ein differenziertes Ergebnis:

- Etwa 65% der Befragten geben an, nicht durch die Maßnahmen des **Konjunkturpakets II** begünstigt zu sein. Vor allem Rentner sehen sich nicht entlastet. Dies kann zum einen am Unwissen über die Entlastung durch die Senkung der Krankenkassenbeiträge, zum anderen am geringen Ausmaß der Entlastung liegen.
- Von denjenigen Haushalten, die die Entlastung wahrnehmen, geben höchstens 74% das durch die Entlastung freigewordene Geld überwiegend für Konsum aus. Die Sparquote aus dem zusätzlichen Einkommen liegt also mit mindestens 26% deutlich über der normalen Sparneigung.
- Diese höhere Sparquote mag auch daran liegen, dass 90% der Haushalte den Zusammenhang zwischen einem höheren **Staatsdefizit heute und höheren Steuern morgen** durchschauen. So sparen insgesamt etwa 12% der Haushalte mehr im Jahr 2009 als im Vorjahr.
- Diese Erklärung – eine Variante der Ricardianischen Äquivalenz – wird allerdings durch eine explizite Nachfrage nicht gestützt: Nur 12% der Haushalte, die mehr sparen, begründen dies auf Nachfrage mit der Erwartung einer zukünftig höheren Steuerlast. Die Auflösung dieser kognitiven Dissonanz erfordert eine multivariate Analyse.

OB1. Das Wichtigste in Kürze

- Schließlich haben wir die Haushalte zum im Frühjahr 2009 noch intensiv diskutierten Instrument der **Konsumgutscheine** befragt. Die Antworten der Haushalte deuten darauf hin, dass es zur Stimulierung zusätzlicher Nachfrage nur bedingt geeignet ist. Lediglich gut ein Viertel der Haushalte würden mit den Gutscheinen Güter kaufen, die die Haushalte nicht ohnehin gekauft hätten.
- Konjunkturmaßnahmen können also insofern stimulierende Wirkung entfalten, als sie Konsumausgaben in die konjunkturschwache Zeit vorverlegen. Jedoch zeigt SAVE 2009 eindrucksvoll, dass dies nicht 1:1 geschieht, sondern dass die weit überwiegende Mehrheit der Haushalte (90%) zukünftige Steuererhöhungen antizipiert und von den Zusatzeinkünften deutlich mehr spart, als es aus normalem Einkommen üblich ist.

4. Gliederung der Studie

Das folgende Kapitel 2 stellt der empirischen Analyse einige Vorüberlegungen voran, in welchen Bereichen die privaten Haushalte von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind. In Kapitel 3 wird der SAVE Datensatz kurz vorgestellt.

Der empirische Teil der Arbeit untersucht zunächst in Kapitel 4, wie sehr die Haushalte sich selbst als Betroffene der Krise sehen. Zuerst werden die Vermögensverluste diskutiert (Kapitel 4.1), bevor Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzverlust analysiert werden (Kapitel 4.2). Erwartungsanpassungen werden im Kapitel 5 erläutert. Kapitel 6 beschäftigt sich mit den Reaktionen der Haushalte auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei werden zunächst die Reaktio-

nen auf Vermögensverluste thematisiert (Kapitel 6.1), dann die Vermögensumschichtungen (Kapitel 6.2) und schließlich die Änderungen im Sparverhalten (Kapitel 6.3).

Kapitel 7 befasst sich mit den Reaktionen der Haushalte auf die konjunkturpolitischen Maßnahmenpakete. Wir schließen die Studie in Kapitel 8 mit einem Fazit ab.

0B1. Das Wichtigste in Kürze

2. Vorüberlegungen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf private Haushalte

Die Hypothekenkrise in den USA im Frühsommer 2007 („Subprime Mortgage Crisis“) gilt als Auslöser für die weltweite Bankenkrise und die darauf folgende realwirtschaftliche Krise, die spätestens seit Ende 2008 die Welt in Atem hält. Finanzinstitute verzeichneten aufgrund von Neubewertungen ihrer Anlagepositionen, ausgelöst durch starke Wertkorrekturen und Kreditausfälle auf dem Immobilienmarkt in den USA, große Verluste. Durch die Verzahnung der Finanzmärkte und den Verkauf von Hypotheken- und Kreditderivaten mit verzerrten Bewertungen an Institute weltweit, kam es auch dort zu Verlusten, Liquiditätsengpässen und Refinanzierungsproblemen, die teilweise zu Insolvenzen und staatlichen Übernahmen führten. Ein Höhepunkt der Krise und Auftakt des großen Absturzes war im September 2008 die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers. Die bereits davor vorhandene Vertrauenskrise an den Kapitalmärkten fand einen neuen Gipfel. Die Kreditvergabe zwischen den Instituten kam teilweise gänzlich zum Erliegen und die Kurse an den Aktien- und Rohstoffmärkten brachen weiter ein. Die Krise weitete sich auf die Realwirtschaft aus, da nun auch nicht im Finanzsektor tätige Unternehmen durch eine strengere Kreditvergabe der Banken in Liquiditätsengpässe kamen. Dazu kam eine Kaufzurückhaltung privater Haushalte. Vor allem in den USA waren viele durch die gestiegenen Zinsen ihrer Hypotheken finanziell stark be-

2. Vorüberlegungen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf private Haushalte

lastet. Ferner führte die Verunsicherung der Haushalte durch die Krisenstimmung zum Aufschieben von Käufen. Insbesondere dauerhafte Konsumgüter, wie z.B. Fahrzeuge, waren davon betroffen. Die Wirtschaftsinstitute sprechen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr 2009 von der tiefsten weltweiten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2009a, S.7).

Auch die deutsche Wirtschaft ist von der Krise massiv betroffen. Genannt sei zum einen die dramatische Situation einiger Banken, zum anderen das produzierende Gewerbe, das besonders von den Einbrüchen der Exporte belastet wird. Das Bruttoinlandsprodukt lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im ersten und zweiten Quartal 2009 um 6,4% bzw. 7,1% unter dem Vorjahreswert.¹ Dies ist der größte wirtschaftliche Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik. Ferner sanken die Ausfuhren in der ersten Jahreshälfte 2009 im Vergleich zu den ersten beiden Quartalen 2008 um etwa 20%.² Und die Prognosen der Wirtschaftsinstitute für die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Frühjahr 2009 waren schlecht. So

¹ Siehe dazu Statistisches Bundesamt:
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/WirtschaftAktuell/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Content100/kvgr11x12.psml> (Stand: 23.09.09)

² Siehe dazu Statistisches Bundesamt:
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/WirtschaftAktuell/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Content100/kvgr116bv4.psml> (Stand: 23.09.09)

erwarteten sie zwar eine Verlangsamung des negativen Trends im Laufe des Jahres 2009 (der sich auch im August bereits abzeichnete), aber keine Stabilisierung der Lage vor Mitte 2010 (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2009a).

Doch wie sind private Haushalte in Deutschland von diesen Entwicklungen betroffen? Wie wirkt sich die Situation an den Finanzmärkten auf die Vermögensstruktur und das Sparverhalten von Privatanlegern aus? Wie groß sind die Vermögensverluste privater Haushalte und wie wurden Zukunftserwartungen und Sparverhalten angepasst? Wie stark sind Haushalte von Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzunsicherheit betroffen? Wir stellen in diesem Kapitel zunächst einige Vorüberlegungen dazu an, wie die privaten Haushalte von der Krise betroffen sein könnten, um daraus testbare Hypothesen abzuleiten, bevor wir im empirischen Teil der Arbeit anhand des SAVE Datensatzes überprüfen, ob Haushalte sich tatsächlich in der erwarteten Art und Weise als Betroffene der Krise sehen, wie sie darauf reagieren und wie die politischen Interventionen das Verhalten beeinflussen.

Zunächst können verschiedene Arten der Betroffenheit der privaten Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise unterschieden werden. Zum einen sind private Haushalte mit Vermögensverlusten auf Grund der Wertverluste von bestimmten Anlagearten, damit verbundenen Anpassung der Risikoposition und der zukünftigen Renditeerwartungen konfrontiert. Zum anderen können nicht nur durch sinkende Kapitalerträge, sondern auch durch die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise unvorhergesehene Einkommensverluste auftreten, z.B. aufgrund von Arbeitslosigkeit. Generell

2. Vorüberlegungen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf private Haushalte

kann die Finanzkrise die arbeitsmarktverbundenen Risiken erhöhen. Weiterhin können staatliche Interventionen kurzfristig zu Entlastungen der privaten Haushalte führen. Sie sind aber in der Zukunft mit höheren Steuern und Abgaben verbunden.

Betroffenheit durch Vermögensverluste

Ende September und im Oktober 2008 brachen die Aktienkurse aufgrund des großen Vertrauensverlusts in die Kapitalmärkte und einem sich abzeichnenden Abkühlen der konjunkturellen Lage ein. Zwischen dem 31.12.2007 und dem 31.12.2008 verlor beispielsweise der DAX ca. 40% seines Wertes. Andere Aktienindikatoren waren ähnlich stark betroffen. Nach Angaben des Deutschen Aktien Instituts betrug 2008 die Anzahl der Aktien- und Fondsbesitzer in Deutschland ca. 9,3 Mio.³ Diese Haushalte erlitten je nach Ausgestaltung der individuellen Portfolios zum Teil erhebliche Wertverluste durch den Einbruch der Aktienkurse Ende 2008. Gleichwohl ist der Aktienbesitz in Deutschland unterdurchschnittlich ausgeprägt. Deshalb ist zu erwarten, dass private Haushalte in Deutschland weniger stark von Kursverlusten an den Aktienmärkten betroffen sind als private Haushalte in anderen Ländern.

Die in Deutschland weit verbreiteten Spar- und Termineinlagen wurden zeitweilig sogar mit hohen Zinssätzen verzinst, da sich die Kreditinstitute verstärkt Liquidität von den privaten Haushalten

³ Siehe dazu Deutsches Aktien Institut: http://www.dai.de/internet/dai/dai-2-0.nsf/dai_statistiken.htm (Stand: 19.10.2009)

verschaffen mussten. Die durchschnittliche Verzinsung von Spareinlagen mit einer Laufzeit bis 2 Jahren betrug beispielsweise im Zeitraum von 01.01.2008 bis 31.12.2008 4,25 %. Das sind 1,8 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt in den Jahren 2003 bis 2007 zu erzielen war. Da institutionelle Anleger, insbesondere Versicherungen, ihren Aktienanteil in den Portfolios weiter reduzierten und zu festverzinslichen Wertpapieren umschichteten, stiegen die Kurse dieser Papiere, vor allem die der Staatsanleihen. Dies kam auch privaten Haushalten zugute, die bereits im Besitz von Staatspapieren waren. Die Popularität von Staatspapieren führte allerdings dazu, dass entsprechend die Verzinsung der neu ausgegebenen Papiere sank. Genauso wie viele institutionelle Anleger dürften auch die privaten Haushalte ihre Portfolios weg von der riskanten Anlage in Aktien und Fonds hin zu sicheren Anlagen wie Spareinlagen und Staatspapieren umgeschichtet haben. Spareinlagen galten deshalb als sicher, weil die Bundeskanzlerin am 05. Oktober 2008 eine Garantie für alle Einlagen der privaten Haushalte ausgesprochen hatte. Ein Komplettausfall von Vermögensanlagen war nur vereinzelt zu verzeichnen, so z.B. bei den Inhabern von Lehman-Zertifikaten und Schuldverschreibungen sowie bei Gläubigern von isländischen Banken. Dies hat sich allerdings in Grenzen gehalten. Anders als beispielsweise in den USA oder Spanien gab es in Deutschland keine Immobilienblase, weshalb deutsche Haushalte von Immobilienwertverlusten weit weniger betroffen sein sollten als private Haushalte in anderen Ländern.

2. Vorüberlegungen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf private Haushalte

Betroffenheit durch Einkommenseinbußen und arbeitsmarktverbundene Risiken

Neben Vermögensverlusten können private Haushalte unter den Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt leiden. Unternehmen können auf Produktionsrückgänge unterschiedlich reagieren: Zum einen durch Lohnsenkungen, zum anderen mit der Reduktion der Arbeitsstunden (Kurzarbeit) oder mit Entlassungen. Doch wie stark sind Haushalte tatsächlich von den einzelnen Maßnahmen betroffen?

Um Entlassungen zu vermeiden, verlängerte die Bundesregierung die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld im Mai 2009 auf 24 Monate. Die Anzahl der Kurzarbeiter aus konjunkturellen Gründen stieg nach Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit im Juni 2009 auf 1,43 Mio. (Bundesagentur für Arbeit, 2009). Der durchschnittliche Arbeitsausfall aller Kurzarbeiter betrug zu diesem Zeitpunkt 31,2%. Die Auswirkungen der Kurzarbeit auf die individuellen Einkommen werden durch Ausgleichszahlungen der Bundesagentur für Arbeit (Kurzarbeitergeld) begrenzt. So beträgt der maximale Einkommensausfall bei „Kurzarbeit null“, das heißt einer Reduktion der Arbeitszeit auf 0 Stunden, 40% des letzten Nettolohns bzw. 3%, falls Kinder vorhanden sind. Das Einkommen entspricht dann gerade dem Arbeitslosengeld I.⁴

⁴ Siehe dazu auch die Sozialpolitische Themenseite des MEA: http://www.mea.uni-mannheim.de/mea_neu/pages/files

Arbeitslosigkeit gilt als konjunktureller Spätindikator, da Auftragsdefizite erst verzögert zu Produktionseinschränkungen führen, Insolvenzverfahren lange dauern und Kündigungsfristen eingehalten werden müssen. Zudem kommen viele Beschäftigte in Auffanggesellschaften für einen gewissen Zeitraum unter und tauchen somit in keiner Arbeitslosenstatistik auf. Außerdem wirken die Kurzarbeiterregelungen Kündigungen entgegen, da Kurzarbeit unmittelbar zu Entlastungen der Arbeitgeber führt und für Kündigungen Fristen eingehalten werden müssen. Im September betrug die Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland 3,346 Mio. Die Arbeitslosenquote erreichte damit 8% (Bundesagentur für Arbeit, 2009). Aber die Produktivität wird sich vermutlich nur langsam erholen. Zwar reduzierten die Wirtschaftsforschungsinstitute die in ihrem Frühjahrgutachten 2009 befürchtete Zunahme der Arbeitslosigkeit auf knapp unter 5 Mio. bis Ende 2010 (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2009a). Allerdings wird dennoch damit gerechnet, dass die Zahl der Arbeitslosen um knapp 1 Mio. bis auf 4,25 Mio. zunehmen wird (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2009b).

Große Schwierigkeiten ergeben sich hingegen für bereits Arbeitlose und Jobanfänger bei der Arbeitssuche. Das heißt, dass sich die Arbeitsmarktchancen für Personen ohne Job vermutlich deutlich verschlechtern haben, obwohl die Situation für Personen mit Job weitgehend unverändert ist.

[/topics/MEAInfo_Kurzarbeitergeld_19Juni09.pdf](#), (Stand: 19.10.2009)

2. Vorüberlegungen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf private Haushalte

Eine weitere Möglichkeit der Unternehmen, auf Auftrags- und Produktionsrückgänge zu reagieren, ist neben der Senkung der Arbeitsstunden durch Kurzarbeit und der Entlassung von Mitarbeitern, die Senkung der Lohnkosten der verbliebenen Belegschaft. Allerdings ist bei bereits Beschäftigten aufgrund von langfristig bindenden Arbeits- und Tarifverträgen kaum mit direkten Lohnkürzungen zu rechnen. Vielmehr kommt es zu Lohneinbußen, wenn Arbeitgeber freiwillige Lohnbestandteile wie Weihnachtsgeld und Bonuszahlungen oder die Anzahl der bezahlten Überstunden reduzieren. Auch ein Lohnverzicht der Arbeitnehmer bei drohender Insolvenz oder Entlassung sowie die Verschiebung von bereits vereinbarten Lohnerhöhungen sind Gründe für Einkommenseinbußen. Die schlechte wirtschaftliche Lage wirkt sich zudem bei Tarifverhandlungen auf die künftigen Lohnerhöhungen aus. Dies hat allerdings erst verzögerte Auswirkungen auf das Einkommen von Haushalten. Stärkere Einkommensschwankungen sind hingegen bei Selbständigen zu erwarten, da ihre Einkommen unmittelbar von den vorhandenen Aufträgen abhängen.

Insgesamt ist zu erwarten, dass sich die Wirtschaftskrise in Deutschland stark indirekt über höhere Arbeitslosigkeit, längere Arbeitslosigkeit und geringere Einkommenssteigerungen negativ auf die privaten Haushalte auswirken wird. Allerdings wird deutlich, dass ein großer Teil der realwirtschaftlichen Folgen der Krise erst verzögert eintreten. So werden beispielsweise die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt vermutlich erst in im Winter 2009/2010 an Dynamik gewinnen, wenn die Unternehmen das Instrument der Kurzarbeit zur Überbrückung der Krise weniger stark nutzen und vielmehr im

Rahmen von Strukturanpassungen Personal entlassen. Andere konjunkturelle Stimuli wie die Abwrackprämie, deren Mittel seit 2.9.2009 offiziell ausgeschöpft sind, kommen nicht mehr zum Tragen, was sich ebenfalls negativ auf die Beschäftigung in den betroffenen Industriezweigen auswirken kann. Es stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß private Haushalte die realwirtschaftlichen Folgen der Krise im Sommer 2009 schon zu spüren bekamen und inwiefern sie ihre Zukunftserwartungen sowie ihr Konsum- und Sparverhalten angepasst haben.

Wirkung von Sozialabgaben und Steuern

Kurzfristige Entlastung erfahren private Haushalte derzeit durch die Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 auf 14,9 Prozent, sowie steuerliche Erleichterungen und die Zahlung eines Kinderbonus im Rahmen des Konjunkturpakets II. Stimulierend für die Automobilbranche wirkte das fünf Milliarden Euro umfassende Paket zur Umweltprämie („Abwrackprämie“). Allerdings müssen die privaten Haushalte damit rechnen, von steuerlichen Belastungen in der Zukunft betroffen zu sein, da konjunkturelle Maßnahmen über Staatsverschuldung finanziert werden. Zudem erhöhen die steuerfinanzierten Rettungspakete für Banken und Unternehmen die steuerlichen Belastungen. So stieg die staatliche Verschuldung im ersten Halbjahr 2009 nach Angaben des Bundestages um 48 Mrd. Euro statt wie geplant um 11 Mrd. Euro. Bis 2013 wird mit einer Neuverschuldung von 310 Mrd. Euro gerechnet.⁵

⁵ Blickpunkt Bundestag, Ausgabe 04/2009 vom 7. August 2009:

2. Vorüberlegungen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf private Haushalte

Außerdem geht die wirtschaftliche Krise auch an den Sozialversicherungen nicht spurlos vorüber. Geringere Einkommen und höhere Arbeitslosigkeit schlagen sich in geringeren Beitragseinnahmen nieder, was Beitragssatzerhöhungen wahrscheinlicher macht. Die Arbeitslosenversicherung wird zusätzlich durch die enormen Ausgaben für Kurzarbeit und andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf der Ausgabenseite belastet. In der Gesetzlichen Rentenversicherung wurde mit der sog. Rentengarantie die Lohnorientierung der Rentenanpassung im Fall von sinkenden Löhnen beseitigt und damit ein im Rentenversicherungssystem enthaltener Stabilisierungsmechanismus, der Einnahmen und Ausgaben in Balance hält, geschwächt. Dies verstärkt den durch die Wirtschaftskrise ausgelösten Beitragssatzerhöhungsdruck weiter (vgl. Börsch-Supan, Gasche und Wilke, 2009). Höhere Beitragssätze haben, da sie die Arbeitsangebots- und die Arbeitsnachfrageentscheidungen verzerren, negative Auswirkungen auf die Beschäftigung.

Während Haushalte im Sommer 2009 bereits direkt von den Entlastungen durch die konjunkturstimulierenden Maßnahmen profitierten, treten die Belastungen durch höhere Steuern zeitlich verzögert ein. Die zukünftige Belastung sollte von den Haushalten allerdings antizipiert werden und bereits heute das Spar- und Konsumverhalten beeinflussen.

http://www.bundestag.de/blickpunkt/101_Themen/0904/0904009.htm

Im Frühsommer 2009, dem Zeitraum, in dem die SAVE Daten erhoben wurden, ist somit mit folgenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die privaten Haushalte zu rechnen:

- Je nach Zusammensetzung des Vermögens sind die privaten Haushalte von deutlichen Vermögensverlusten betroffen. Die Betroffenheit sollte insbesondere mit dem Aktienanteil zusammenhängen.
- Je nach Risikopräferenzen und Risikoerwartung und den Änderungen dieser Größen durch den Schock der Krise, dürften Haushalte ihr Vermögen hin zu sicheren Anlagen umschichten. Diesem Teilaspekt gehen wir in dieser Studie allerdings nur oberflächlich nach. Eine tiefere Analyse folgt.
- Einkommenseinbußen sind besonders bei Selbständigen zu erwarten sowie bei Haushalten, die von Kurzarbeit betroffen sind.
- Der Anteil der Haushalte, die durch die Krise von Arbeitslosigkeit getroffen wurden, ist vermutlich begrenzt. Allerdings sollte sich die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt zum Teil in erhöhter Arbeitsplatzunsicherheit und in pessimistischen Zukunftserwartungen niederschlagen.
- Kurzarbeit sollte sich dagegen deutlich zeigen.
- Je nach persönlicher Betroffenheit und Erwartungen über die zukünftige Entwicklung sollten Haushalte ihr Sparverhalten anpassen.
- Die Entlastungen durch die Konjunkturpakete sollten für einen Großteil der Haushalte zu spüren sein.

2. Vorüberlegungen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf private Haushalte

- Aufgrund der Tatsache, dass eine höhere Staatsverschuldung heute Steuererhöhungen in der Zukunft hervorrufen wird, könnte es sein, dass Haushalte heute schon ihre Ersparnisse erhöhen, um sich höhere Steuern in der Zukunft leisten zu können, ohne dann den Konsum zu stark einschränken zu müssen (Ricardianische Äquivalenz).

Im empirischen Teil der Arbeit identifizieren wir auf Basis der SAVE-Daten die unterschiedlichen Arten der Betroffenheit der Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Insbesondere analysieren wir die Auswirkungen der Krise differenziert für unterschiedliche soziodemographische Gruppen. In einem weiteren Schritt, untersuchen wir, inwieweit Haushalte durch Vermögensumschichtungen und Verhaltensänderungen auf die Krise reagiert haben. Schließlich betrachten wir, ob die von der Bundesregierung verfolgten Maßnahmen zur Konsumstimulierung erfolgreich im Bewusstsein der Individuen angekommen sind und tatsächlich die erwünschte Wirkungen entfalten können.

3. SAVE 2009

SAVE ist eine repräsentative Befragung deutscher Haushalte, die seit 2001 vom Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) erhoben wird. Die Befragung wurde mit dem Ziel entwickelt, Sparentscheidungen und insbesondere langfristiges Sparen zur Altersvorsorge besser zu verstehen. Dazu werden neben Einkommens- und Vermögensvariablen sehr detaillierte Informationen zu verhaltensbezogenen Aspekten erfragt. Die SAVE Umfrage findet seit 2001 statt – seit 2005 auf jährlicher Basis.

Im Frühsommer 2009 nahmen 2.222 repräsentativ ausgewählte Haushalte an der Befragung teil. Eine ausführliche Beschreibung des wissenschaftlichen Hintergrundes von SAVE, des Fragebogendesigns und zentraler Ergebnisse liefert die SAVE-Studie von Börsch-Supan, Coppola, Essig, Eymann und Schunk (2009). Der Großteil der hier durchgeführten Analysen beschränkt sich auf Ergebnisse aus der Befragung 2009. Für einzelne Aspekte wurden Informationen aus den Jahren 2006 bis 2008 hinzugezogen. Dafür wurde ein "Balanced Panel" konstruiert und entsprechend dem Mikrozensus 2008 nach Alters- und Einkommensklassen gewichtet. Es kommen nur diese Gewichte zur Anwendung, da die Analyse einzelner Aspekte über den Panelzeitraum hinweg nicht durch eine Umgewichtung beeinflusst werden soll. Einen Überblick über wichtige soziodemographische Merkmale der Haushalte in SAVE 2009 liefert Anhang A.

3. SAVE 2009

Um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die privaten Haushalte zu erfassen, wurden in den Fragebogen 2009 zusätzliche Fragen aufgenommen. Ziel war es, zum einen die Betroffenheit der Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise zu erfassen sowie die Reaktionen darauf zu verstehen. Zum anderen wurden Fragen zur Überprüfung der Relevanz wirtschaftspolitischer Maßnahmen für die einzelnen Haushalte eingefügt. Der Abschnitt zur Finanz- und Wirtschaftskrise des SAVE Fragebogens 2009 (Fragen 134 bis 151) ist im Anhang C abgedruckt.

In Mikrodatensätzen sind fehlende Angaben zu einzelnen Fragen („Item Nonresponse“) ein bekanntes Phänomen. Die Ursachen reichen von sensitiven Informationen, über die Frageverständlichkeit und Frageschwierigkeit bis hin zum Einfluss des Umfragemodus, des Themas und der Struktur des Fragebogens (Rässler und Riphahn, 2006, S. 219f.). Um Verzerrungen durch fehlende Angaben zu vermeiden, wurde ein multiples Imputations Modell für SAVE entwickelt (MIMS, vgl. Schunk, 2008; Ziegelmeyer, 2009a). Die in dieser Studie vorgestellten Ergebnisse basieren auf dem Ergebnis dieses Imputationsprozesses. Eine Imputation war jedoch nur für einen geringen Teil der Befragten notwendig. Anhang B gibt einen Überblick über die Fehlraten bei den für diese Analyse wichtigsten Fragen über die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Fehlrate beträgt gemittelt über alle Fragen 6,8% und erreicht mit 10,7% den größten Wert bei der Frage nach der Anlage mit dem höchsten Vermögensverlust.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

4.1.1 Vermögensverluste der SAVE-Befragten: Betroffenheit und Ausmaß

Wie in Kapitel 2 erläutert wurde, schlagen sich die Wertverluste der verschiedenen Kapitalanlagen in den Vermögenspositionen privater Haushalte nieder. In SAVE 2009 wurden Haushalte direkt nach ihrer Einschätzung befragt, inwieweit sie von Vermögensverlusten aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen wurden und wie hoch die Verluste waren. Wir werden diese Angaben mit den Berechnungen von Börsch-Supan, Gasche und Ziegelmeyer (2009) vergleichen, die in einer Parallelstudie auf Basis des Vermögens Ende 2007 mit Hilfe der im Jahr 2008 erzielten Renditen indirekt errechnet haben, wie hoch das erwartete Vermögen am Ende 2008 war.

Knapp 20% der Haushalte haben nach den Selbstauskünften Vermögensverluste erlitten, vgl. Tabelle 1. Beschränkt man die Untersuchung auf Haushalte mit positivem Finanzvermögen Ende 2007, erhöht sich die Betroffenheit: Von diesen Haushalten vermelden fast 26% Vermögensverluste. Allerdings geben auch etwa 5% der Haushalte, die Ende 2008 kein Finanzvermögen besaßen, Vermögensverluste an.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

Tabelle 1: Persönlicher Vermögensverlust der SAVE-Befragten

Vermögensverluste	Anzahl der Haushalte	in %
Ja	435	19,6%
Nein	1.787	80,4%
Gesamt	2.222	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Betrachtet man die durchschnittlichen subjektiven Risikopräferenzen der Haushalte mit und ohne Vermögensverlust, so fällt auf, dass Haushalte, die keine Verluste erlitten haben, signifikant risikoaverser (zum 1% Signifikanzniveau) in Bezug auf finanzielle Angelegenheiten sind als Haushalte mit Verlusten.

Haushalte, die Ende 2007 Aktien(-fonds) und Immobilienfonds besaßen, sind stärker von Vermögensverlusten betroffen als Haushalte ohne riskante Anlagen. Von allen in 2009 Befragten besaßen Ende 2007 etwa 25% Aktien(-fonds) und Immobilienfonds. Von ihnen gaben etwas mehr als die Hälfte (52%) an, von Vermögensverlusten betroffen zu sein. Zum Vergleich: Besaß man Ende 2007 keine Aktien, liegt der Anteil der Haushalte mit Vermögensverlusten bei unter 9%. Haushalte, die Ende 2007 sonstige Wertpapiere, wie Discountzertifikate, Hedgefonds, Filmfonds, Geldmarktfonds und andere Finanzinnovationen besaßen (ca. 3% der Haushalte), geben zu fast 59% an, Vermögensverluste erlitten zu haben. Eine detaillierte Interpretation dieses Ergebnisses ist leider aufgrund der Heterogenität der Finanzprodukte in dieser Kategorie nicht möglich. Während viele Hedgefonds große Werteinbußen hinnehmen mussten, konnten Geldmarktfonds eine positive Rendite verbuchen.

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

Der **durchschnittliche Vermögensverlust** pro Haushalt bezogen auf alle Haushalte beträgt 2.490€. Betrachtet man den Vermögensrückgang auf Basis der aggregierten Daten der Geldvermögensstatistik der Deutschen Bundesbank, so ist das Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck Ende 2008 um 3.100€ je Haushalt geringer als Ende 2007. Damit ergeben sich aus den SAVE-Daten ganz ähnliche Größenordnungen wie in den aggregierten, gesamtwirtschaftlichen Daten. Die Verteilung der Vermögensverluste ist – ähnlich wie die Vermögensverteilung selbst – linksschief (siehe Tabelle 2 und Abbildung 1).

Berücksichtigt man nur Haushalte, die Verluste erlitten haben, so beträgt der Verlust des Medianhaushalts 5.000€, das 75% Perzentil liegt bei knapp 11.000€. Der Mittelwert des Verlustes aller Haushalte, die Verluste in Kauf nehmen mussten, beträgt etwas weniger als 13.000€ und liegt damit noch oberhalb des 75% Perzentils. Das heißt, dass wenige Haushalte sehr große Verluste erlitten und damit den Mittelwert des Verlustes stark beeinflussen.

Tabelle 2: Höhe der Vermögensverluste in Euro

	Haushalte mit Verlusten	alle Haushalte
25% Perzentil	2.000	0
Median	5.000	0
75% Perzentil	10.991	0
Mittelwert	12.847	2.490
Std. Abw.	34.584	16.049

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

Abbildung 1: Vermögensverluste



Werden die Verluste zum Finanzvermögen (inklusive Altersvorsorgevermögen) Ende 2007 ins Verhältnis gesetzt, so stellt sich heraus, dass der durchschnittliche **Vermögensverlust 3,6% des Finanzvermögens** zum Ende des Vorjahres beträgt (Tabelle 3). Dies ist in etwa die gleiche Größenordnung wie der Wert, der sich indirekt aus dem Vergleich eines simulierten Finanzvermögens Ende 2008 mit dem angegebenen Finanzvermögen Ende 2007 ergibt. Hier liegt der mittlere Vermögensverlust bei etwas über 5%, vgl. Börsch-Supan, Gasche und Ziegelmeier (2009).

Werden nur Haushalte mit Verlusten berücksichtigt, so beträgt der Mittelwert der von den Haushalten direkt angegebenen Verluste am Finanzvermögen gegenüber dem Ende des Vorjahres über 19%. Der

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

Medianhaushalt hat etwas mehr als 10% des Finanzvermögens verloren.

Insgesamt haben über 9% aller Haushalte mehr als 10% ihres Finanzvermögens eingebüßt. Etwa knapp 2% der Haushalte verloren sogar über 50% ihres Finanzvermögens.

Tabelle 3: Vermögensverluste als Anteil am Finanzvermögen Ende 2007

Variable	N*	Mittelwert	Median	Std. Ab.	Min	Max
alle Beobachtungen						
Verlust/Vermögen2007	2.196	3,6%	0,0%	12,8%	0,0%	100,0%
Beobachtungen mit Vermögensverlusten						
Verlust/Vermögen2007	409	19,4%	10,2%	24,0%	0,1%	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung. *Um unplausible Werte bereinigt.

Gemessen am Bruttogesamtvermögen im Vorjahr (Ende 2007), also einschließlich insbesondere des Immobilienvermögens, sind die Vermögensverluste niedriger. Dies dürfte vor allem am trotz der Krise im Wesentlichen unveränderten Immobilienvermögen liegen. Im Durchschnitt erlitten die Haushalte Verluste in Höhe von 1,7% ihres Bruttogesamtvermögens. Betrachtet man nur Haushalte, die angeben, von Verlusten betroffen zu sein, so beträgt der durchschnittliche Verlust 8,9%. Der Verlust des Medianhaushalts beträgt 2,7% des Vermögens im Vorjahr (siehe Tabelle 4). Insgesamt erlitten weniger als 4% aller Haushalte Vermögensverluste von mehr als 10% ihres gesamten Vermögens. Einige wenige Haushalte sind allerdings sehr stark durch Vermögensverluste von der Krise betroffen. Etwa 1% aller Haushalte verloren mehr als 50% des Bruttogesamtvermögens.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

Werden nur Haushalte mit positivem Finanzvermögen am Ende des Vorjahres in die Betrachtung einbezogen, so erhöht sich der mittlere Verlustanteil aller Haushalte auf 2,2% des Gesamtvermögens, der mittlere Verlustanteil betroffener Haushalte beträgt 8,7%.

Tabelle 4: Vermögensverluste als Anteil am Bruttogesamtvermögen Ende 2007

Variable	N*	Mittelwert	Median	Std. Ab.	Min	Max
alle Beobachtungen						
Verlust/Vermögen2007	2.203	1,7%	0,0%	8,3%	0,0%	100,0%
Beobachtungen mit Vermögensverlusten						
Verlust/Vermögen2007	416	8,9%	2,7%	17,2%	0,0%	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung. *Um unplausible Werte bereinigt.

4.1.2 Vermögensverluste nach Einkommen und Vermögen der Befragten

Teilt man die Haushalte in **Einkommensquintile** ein und betrachtet die Anteile der Haushalte, die durch die Finanzkrise Vermögensverluste erlitten haben, so zeigt sich, dass die Haushalte um so eher von Vermögensverlusten betroffen sind, je höher ihr Einkommen ist (Tabelle 5). Nur 7,6% der Haushalte im unteren Einkommensquintil geben an, Vermögensverluste erlitten zu haben. Im obersten Einkommensquintil sind es hingegen etwa 36%. Interessant ist auch, dass die Anzahl der fehlenden Antworten mit der Höhe des Einkommens sinkt (siehe Anhang B). Es scheint so, dass Personen mit höherem Einkommen genauer über ihre Vermögensverluste informiert sind.

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

Tabelle 5: Betroffenheit durch Vermögensverluste nach Einkommensquintilen

Einkommensquintil	Betroffen	Nicht betroffen
1. Q	7,6%	92,4%
2. Q	11,9%	88,1%
3. Q	18,8%	81,2%
4. Q	25,1%	74,9%
5. Q	36,1%	63,9%
Gesamt	19,6%	80,4%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Ein ähnliches Betroffenheitsmuster wie bei der Differenzierung nach Einkommen beobachten wir bei der **Differenzierung nach Vermögensquintilen** des Nettogesamtvermögens am Ende des Jahres 2007 (Tabelle 6):

- 6% der Haushalte im untersten Nettogesamtvermögensquintil geben an, von der Finanzkrise durch Vermögensverluste betroffen zu sein. Der Mittelwert des Vermögens in diesem Quintil ist negativ, der Wert des Vermögens des Medianhaushaltes beträgt 0 €.
- Der Anteil der Betroffenen nimmt im zweiten Vermögensquintil auf gut 9%, im dritten und vierten Quintil auf 21% bzw. 24% zu. In diesen Quintilen ist sowohl der Mittelwert als auch der Median des Vermögens positiv.
- Der höchste Anteil an Haushalten, der von der Finanzkrise betroffen ist, zeigt sich wiederum im höchsten Vermögensquintil. Hier geben etwa 38% an, unter Vermögensverlusten zu leiden. Der Mittelwert des Vermögens in diesem Quintil

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

liegt bei über 540.000€. Der Medianhaushalt besitzt ein Vermögen von über 375.000€.

Tabelle 6: Betroffenheit durch Vermögensverluste nach Vermögensquintilen^{a)}

Vermögensquintil (Ende 2007)	Betroffen	Nicht betroffen	Mittelwert	Median
1. Q	6,0%	94,0%	-9.550 €	0 €
2. Q	9,2%	90,8%	6.649 €	5.120 €
3. Q	21,2%	78,8%	53.745 €	50.000 €
4. Q	23,7%	76,3%	165.056 €	161.000 €
5. Q	38,1%	61,9%	543.014 €	375.600 €
Gesamt	19,6%	80,4%	151.116 €	49.694 €

^{a)} Quintileinteilung nach dem Nettogesamtvermögen.

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Betrachtet man den Anteil der betroffenen Haushalte aufgeteilt nach Quintilen des reinen Finanzvermögens, so zeigt sich ein ähnliches Bild wie nach dem Nettogesamtvermögen. Allerdings ist der Anstieg des Anteils der Betroffenen über die Quintile hinweg wie zu erwarten etwas steiler. Im Quintil mit dem höchsten Finanzvermögen Ende 2007 erlitten fast die Hälfte der Haushalte Vermögensverluste durch die Finanzkrise.

Die Betroffenheit durch Vermögensverluste nimmt über die Einkommens- und Vermögensquintile zu. Doch wie sind die Verluste in 2008 im Verhältnis zum Finanzvermögen Ende 2007 verteilt? Wie hoch sind also die relativen Vermögensverluste? Es wurde bereits gezeigt, dass die Vermögensverluste als Anteil am Finanzvermögen in 2007 im Durchschnitt aller betroffenen Haushalte etwa 19% betragen (vgl. Tabelle 3). Bei der Analyse des Verlustanteils über das Einkommen fällt auf, dass sowohl der Mittelwert wie auch der

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

Median der relativen Vermögensverluste in der untersten Einkommensklasse am größten sind (siehe Tabelle 7), obwohl hier die geringste Anzahl an Haushalten angeben von Vermögensverlusten betroffen zu sein (siehe Tabelle 5). Mit steigendem Einkommensquintil nimmt die Betroffenheit durch Vermögensverluste zu, allerdings sinkt der durchschnittliche relative Vermögensverlust, ausgedrückt als Anteil am Finanzvermögen von fast 32% auf gut 13% (siehe Tabelle 7). Der relative Verlust des Medianhaushalts fällt von 28% auf 9%. Dies bedeutet, dass – obwohl insgesamt weniger einkommensschwache Haushalte von Vermögensverlusten betroffen sind – diese ihren Grad an Betroffenheit, gemessen als Anteil des Verlustes am Finanzvermögen der Vorperiode, größer angeben, als es die einkommensstarken Haushalte tun.

Die gleichen Ergebnisse bleiben bestehen, wenn man den Verlust ins Verhältnis zum Bruttogesamtvermögen Ende des Vorjahres setzt.

Tabelle 7: Anteil des Vermögensverlustes 2008 am Finanzvermögen Ende 2007 nach Einkommensquintilen Ende 2008

<u>Einkommensquintil</u>	<u>Mittelwert</u>	<u>Median</u>
1. Q	31,9%	28,2%
2. Q	29,4%	17,1%
3. Q	25,8%	12,2%
4. Q	15,5%	8,3%
5. Q	13,3%	8,7%
Gesamt	19,4%	10,2%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch, wenn man den Anteil des Vermögensverlustes in 2008 am Finanzvermögen Ende 2007 über die Vermögensquintile Ende 2007 abträgt. Auch hier ist die relative Betroffenheit der Haushalte im unteren Vermögensbereich am höchsten.

Dieses Bild der direkten Antwort der Betroffenen kontrastiert in bemerkenswerter Weise mit den indirekten Messungen des Vermögensverlustes: Simuliert man auf Grundlage der Portfoliozusammensetzung Ende 2007 unter Anwendung der im Jahr 2008 für die einzelnen Vermögenskategorien erzielten Renditen den Wert des Portfolios Ende 2008, vgl. Börsch-Supan, Gasche und Ziegelmeier (2009), so erhält man den erwarteten Zusammenhang, nämlich dass bei einem Vergleich der Vermögenswerte 2007 mit den Vermögenswerten 2008 die relativen Verluste mit dem Einkommen zunehmen. Dies liegt daran, dass die Haushalte mit höheren Einkommen auch einen höheren Aktienanteil in ihren Portfolios haben. Im Durchschnitt aller Haushalte stimmen diese „berechneten Verluste“ aber mit den hier referierten selbst eingeschätzten Verlusten in der Größenordnung gut überein. Ein Grund für das kontra-intuitive Ergebnis der Befragung, nach welchem die Haushalte im untersten Einkommensquintil mit dem geringsten Aktienanteil in ihrem Portfolio trotzdem die relativ größten Verluste erlitten haben, kann darin liegen, dass es sich hier um eine Selbsteinschätzung der Verluste handelt. Die wahrgenommenen Verluste im untersten Einkommens-

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

quintil könnten also größer sein als die tatsächlichen.⁶ Dies mag auch damit zusammenhängen, dass die Haushalte in den unteren Einkommensquintilen weniger über die eigenen Verluste informiert sind (siehe Abschnitt 4.1.2). Abseits von einem möglichen Auseinanderklaffen von wahrgenommenen und tatsächlichen Verlusten könnte ein Grund für diese überraschenden Zusammenhänge sein, dass Haushalte mit geringerem Einkommen und Vermögen häufig auch über geringere finanzielle Bildung verfügen⁷ und deswegen – wenn sie riskante Anlagen tätigen – schlechter diversifiziert sind, als Haushalte mit höherem Einkommen und höherem Vermögen. Diesen Zusammenhang gilt es in einer späteren Studie näher zu untersuchen.

4.1.3 Vermögensverluste differenziert nach Alter der Befragten

Von besonderer Bedeutung ist der Zeitpunkt der Realisation der Verluste im Lebenszyklus. Treten die Vermögensverluste in jungen Jahren auf, so hat der Haushalt die Möglichkeit diese über einen längeren Anlagehorizont wieder auszugleichen, oder er kann sein Sparverhalten anpassen. Haushalte, die kurz vor Renteneintritt stehen, haben nur noch beschränkte Möglichkeiten, über zusätzliche Ersparnis zu reagieren. Sie müssen Einkommenseinbußen im Alter hinnehmen oder den Renteneintritt verschieben. Die Analyse der

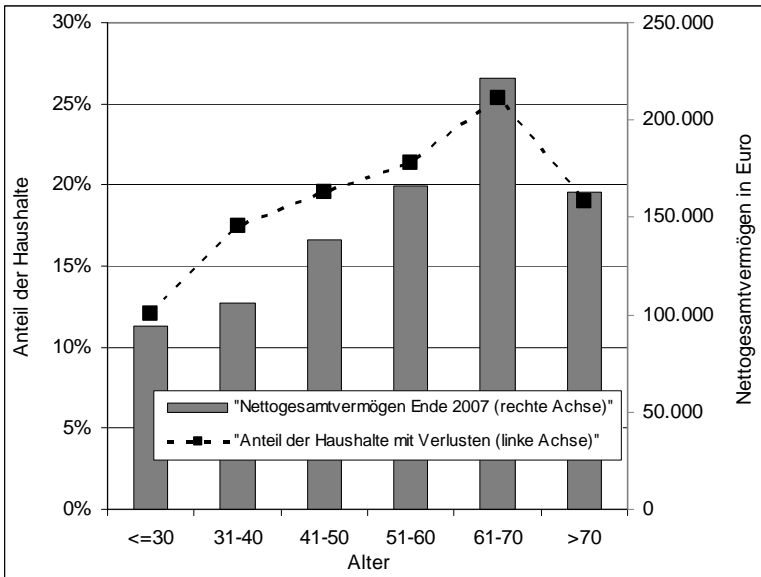
⁶ Vgl. Benz et al. (2009), S. 187-194.

⁷ Siehe hierzu Bucher-Koenen (2009).

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

Betroffenheit der Haushalte nach Altersklassen zeigt, dass der Anteil der Haushalte mit Vermögensverlusten mit dem Alter zunimmt (Abbildung 2). So sind nur 12% der bis 30-Jährigen von Vermögensverlusten betroffen. Der Anteil der Haushalte mit Verlusten steigt kontinuierlich bis auf über 25% bei den 61- bis 70-Jährigen an. 19% der Personen älter als 70 Jahre erlitten Vermögensverluste. Der Grad der Betroffenheit korreliert mit der Entwicklung des durchschnittlichen Haushaltsnettovermögens über den Lebenszyklus (Abbildung 2). Je älter die Haushalte, desto höher das durchschnittliche Nettovermögen und desto höher der Anteil der von Vermögensverlusten Betroffenen in einer Altersgruppe.

Abbildung 2: Anteil der Haushalte mit Verlusten nach Altersklassen



Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

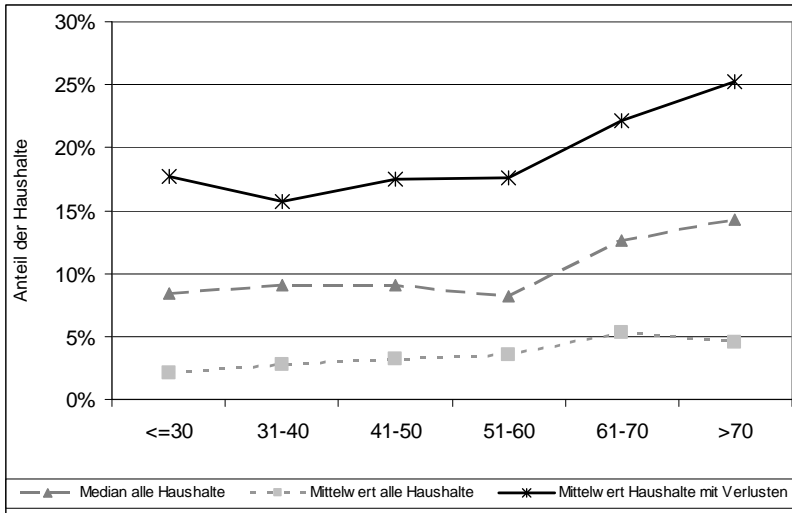
4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

Bei der Betrachtung der Vermögensverluste als Anteil am Finanzvermögen Ende 2007 zeigt sich, dass vor allem ältere Haushalte im Durchschnitt einen größeren Anteil ihres Vermögens verloren (Abbildung 3). Unter den Haushalten, die Verluste erlitten haben, büßten die unter 31-Jährigen im Durchschnitt knapp 18% ihres Vermögens ein. Die Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen erlitt im Durchschnitt Vermögensverluste von über 22%, Personen im Alter über 70 Jahren sogar von über 25%. Die geringsten durchschnittlichen Verluste mit knapp 16% verzeichnen Personen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren.

Gerade für die Älteren ist es schwierig, diese Verluste wieder auszugleichen. Über 13% aller Haushalte in der Altersgruppe von 61-70 Jahren und über 14% der Haushalte mit einem Befragten über 70 verloren mehr als 10% ihres Vermögens. Über alle Altersgruppen hinweg verzeichneten nur etwa 9% der Haushalte einen Verlust von mehr als 10% ihres Vermögens. Etwa 3% der älteren Haushalte verloren 50% ihres Finanzvermögens verglichen mit 1,8% über alle Haushalte. Damit sind nach ihren eigenen direkten Angaben ältere Haushalte relativ oft und relativ stark von Verlusten betroffen. Diese Altersstruktur zeigt sich auch in der indirekten Messung über den Unterschied in den Vermögenswerten Ende 2007 mit den simulierten Vermögenswerten Ende 2008 (vgl. Börsch-Supan, Gasche und Ziegelmeier, 2009).

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

Abbildung 3: Vermögensverlust als Anteil am Finanzvermögen nach Altersklassen



Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

4.1.4 Vermögensverluste nach Berufsgruppen

Die Betrachtung der Betroffenheit durch Vermögensverluste nach Berufszweigen zeigt, dass Selbständige⁸ am stärksten von Vermögensverlusten betroffen sind (Tabelle 8). So geben 36% der Selbständigen an, Vermögen durch die Krise verloren zu haben. Selbständige weisen mit einem durchschnittlichen Nettovermögen von über 360.000€ ein deutlich höheres Vermögen auf als andere Be-

⁸ Die Gruppe der Selbständigen setzt sich zusammen aus: Landwirten, Freiberufler in einem verkammerten Beruf, sonstige Freiberufler, Gewerbetreibende und sonstige Selbständige.

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

rufsgruppen. Vor allem das Betriebsvermögen ist neben dem Netto-realvermögen die größte Vermögensposition. Bei Selbständigen beträgt der Anteil des Betriebsvermögens am Gesamtvermögen 44% (vgl. Ziegelmeyer, 2009b). Am zweitstärksten sind Beamten von Vermögensverlusten betroffen (30%). Ähnlich wie die Selbständigen weisen Beamte ein höheres Nettogesamtvermögen im Vergleich zum Durchschnitt auf. Etwa 22% der Angestellten und 17% der nicht Erwerbstätigen, die auch Rentner umfassen, erlitten Vermögensverluste. Der Anteil der Arbeiter mit Vermögensverlusten ist mit 13% am geringsten.

Tabelle 8: Betroffenheit von Vermögensverlusten nach Berufsgruppen

	Haushalte mit Verlusten	durchschnittl. Vermögen 2008
Arbeiter	13,1%	94.955
Angestellte	22,2%	123.962
Beamte	29,9%	182.214
Selbständige	36,5%	360.452
mith. Familienangehörige	15,0%	145.397
nicht erwerbstätig	17,0%	156.523
Gesamt	19,6%	152.159

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

4.1.5 Vermögensverluste nach Geschlecht des Entscheidungsträgers in finanziellen Angelegenheiten

SAVE fragt danach, wer in einem Haushalt die finanziellen Entscheidungen trifft. In einem Paarhaushalt können dies beide Partner, allein der weibliche oder allein der männliche Partner sein.⁹ Tabelle 9 enthält zudem alle weiblichen und männlichen Singlehaushalte.

Vor allem von Männern in finanziellen Angelegenheiten geführte Haushalte sind auf den ersten Blick schlechter durch die Krise gekommen als Haushalte mit einer Entscheidungsträgerin. 19,1% der Haushalte erlitten 2008 einen Vermögensverlust, wenn der Entscheidungsträger in finanziellen Angelegenheiten 2007 ein Mann war (Tabelle 9). Haushalte mit einem weiblichen Entscheidungsträger bei finanziellen Angelegenheiten kommen dagegen besser weg. Hier sind nur 13,2% von Vermögensverlusten betroffen. Entscheiden Partner zusammen, ist der Prozentsatz der Haushalte, die unter einem Vermögensverlust leiden, mit 23,2% am höchsten.

Tabelle 9: Entscheidungsträger 2007 und Vermögensverlust in 2008

Verluste	Entscheidungsträger finanzielle Angelegenheiten				Gesamt
	Mann	Frau	Beide	mit Anderen	
Ja	19,1%	13,2%	23,2%	24,3%	19,6%
Nein	80,9%	86,8%	76,8%	75,7%	80,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

⁹ Die Kategorie „Entscheidung zusammen mit anderen Personen“ ist wegen der geringen Anzahl von nur 6 Fällen mit Vorsicht zu interpretieren.

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

Die Gründe für diesen Unterschied sind vielschichtig und können erst in einer multivariaten Analyse auseinander gehalten werden. Wie wir bereits gesehen haben, sind in Haushalten mit einem großen Vermögen auch die Verluste am weitesten verbreitet. Haushalte, in denen beide Partner finanzielle Entscheidungen treffen, haben im Durchschnitt ein Nettogesamtvermögen von über 210.000€ (Tabelle 10). Ist der Mann Entscheidungsträger, so beläuft sich das Nettogesamtvermögen im Durchschnitt auf knapp 192.000€. Haushalte mit einer Entscheiderin besitzen Ende 2007 hingegen im Durchschnitt nur 85.300€.

Der Vermögensunterschied zwischen Haushalten mit männlichem und weiblichem Entscheidungsträger lässt sich wiederum zu einem Teil auf den Vermögensunterschied zwischen Haushalten mit Paarentscheidern und alleinigen Entscheidern zurückführen. Haushalte mit alleinigem männlichem Entscheidungsträger sind in etwa 70% der Fälle Singlehaushalte, Haushalte mit weiblichem Entscheidungsträger sind dagegen in über 80% der Fälle Singlehaushalte. Zudem haben weibliche Einpersonenhaushalte ein deutlich geringeres Vermögen als männliche Einpersonenhaushalte.

Schließlich ist aus der Literatur bekannt, dass Frauen weniger bereit sind, in riskante Anlagen zu investieren als Männer¹⁰. Sie sind vermutlich aus diesem Grund auch weniger stark von Vermögensverlusten durch die Finanzkrise betroffen. Auch in SAVE zeigt sich dieser Unterschied im Risikoverhalten: Der Aussage „Es macht mir

¹⁰ Für einen Literaturüberblick siehe Badunenko et al. (2009).

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

nichts aus, Risiken einzugehen bei Geldanlagen“ stimmen Männer auf einer Skala von 0 (völlig unzutreffend) bis 10 (völlig zutreffend) signifikant häufiger zu (zum 1% Niveau) als Frauen. Dies findet sich sowohl in SAVE 2009 als auch in früheren SAVE-Wellen.

Tabelle 10: Entscheidungsträger und Vermögen 2007 in Euro

Entscheider	N	Mittelwert	P50	P25	P75
Mann	491	192.253	30.000	500	209.192
Frau	610	85.291	13.000	0	101.500
Beide	1.114	210.429	100.000	9.826	257.184

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Betrachtet man die Höhe der Verluste für unterschiedliche Entscheidungsträger (Tabelle 11), so fällt auf, dass Haushalte mit männlichem Entscheider trotz eines geringeren Nettogesamtvermögens, im Durchschnitt höhere Verluste erleiden als Haushalte, in denen die finanziellen Entscheidungen gemeinsam getroffen werden.

Tabelle 11: Höhe der Verluste bei Haushalten mit männlichem/ weiblichem Entscheidungsträger in Euro

Entscheider	N	Mittelwert	P50	P25	P75
Mann	94	16.026	5.000	2.000	15.000
Frau	81	6.766	3.000	1.000	10.000
Beide	259	13.537	5.000	2.000	10.196

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Betrachtet man allerdings die Höhe des Vermögensverlustes als Anteil am Finanzvermögen Ende 2007, so zeigt sich, dass Frauen sowohl im Mittelwert als auch im Median einen höheren relativen Vermögensverlust erleiden als Männer (Tabelle 12). Dieses Ergebnis weist, wie auch schon die Betrachtung nach Einkommens- und

4.1 Selbstauskünfte über Vermögensverluste

Vermögensklassen darauf hin, dass Bevölkerungsgruppen, die auf den ersten Blick weniger stark von der Finanzkrise getroffen wurden auf den zweiten Blick stärker involviert sind, wenn man ihre Verluste als Anteil am Vermögen misst.

Tabelle 12: Höhe der Verluste bei Haushalten mit männlichem/ weiblichem Entscheidungsträger als Anteil am Vermögen

Entscheider	in% des Finanzvermögens		in% des Gesamtvermögens	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Mann	21,8%	11,1%	13,3%	3,5%
Frau	24,7%	13,9%	14,9%	4,3%
Beide	16,9%	9,5%	5,6%	2,1%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

4.1.6 Zusammenfassung

Nach ihren eigenen Angaben haben die Haushalte der SAVE-Studie im Durchschnitt knapp 4% ihres Finanzvermögens (inklusive Altersvorsorgevermögens) durch die Krise verloren. Insgesamt halten sich die Vermögensverluste, wie in Kapitel 2 vermutet, also in Grenzen. Je nach Portfolio sind private Haushalte allerdings von erheblichen Vermögensverlusten betroffen. Insbesondere Haushalte mit Aktien mussten Verluste durch die Finanzkrise in Kauf nehmen. Besonders viele Haushalte mit hohem Vermögen und hohem Einkommen wurden durch die Finanzkrise getroffen. Bei älteren Haushalten und Haushalten mit weiblichem Entscheidungsträger ist der prozentuale Verlust besonders hoch.

4.2 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken

4.2.1 Betroffenheit der SAVE-Befragten von Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken

Neben den Fragen nach den Vermögensverlusten sollten die Haushalte in SAVE 2009 angeben, ob sie durch arbeitsmarktspezifische Risiken von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind. Konkret wurde erhoben, ob Haushalte unter Einkommensverlusten, Verlust des Arbeitsplatzes, Kurzarbeit oder erhöhter Unsicherheit des Arbeitsplatzes leiden.

Der Großteil der Haushalte (fast 75%) gibt an, nicht persönlich von der Wirtschaftskrise in der genannten Weise betroffen zu sein (Tabelle 13). Betrachtet man nur Haushalte, von denen mindestens einer der Partner noch am Erwerbsleben teilnimmt (entweder durch Erwerbstätigkeit oder durch Arbeitslosigkeit), so sinkt der Anteil der nicht betroffenen Haushalte geringfügig auf 72%.

Am häufigsten geben Haushalte an, unter Einkommensverlusten (11,6%) und erhöhter Arbeitsplatzunsicherheit (11,8%) zu leiden. 6% der Haushalte sind von Kurzarbeit betroffen und 4,4% geben an, durch die Krise ihren Arbeitsplatz verloren zu haben (Tabelle 13). Damit bestätigen die SAVE-Daten, dass sich die Wirtschaftskrise zum Zeitpunkt der Befragung Mitte 2009 noch nicht in einer höheren Arbeitslosigkeit niedergeschlagen hat, sondern zunächst Überbrückungsmaßnahmen wie Kurzarbeit und Reduktion der Lohnzahlungen greifen.

4.2 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatz

Tabelle 13: Betroffenheit durch Einkommens- und Arbeitsmarktrisiken

Betroffenheit durch	Anzahl der Haushalte	in %
Einkommensverluste	257	11,6%
Verlust des Arbeitsplatzes	97	4,4%
Kurzarbeit	133	6,0%
Unsicherer gewordener Arbeitsplatz	263	11,8%
Nichts davon	1.657	74,6%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Da Mehrfachantworten möglich waren, wurden auch die häufigsten Antwortkombinationen evaluiert. Hier fällt die starke Korrelation zwischen den Risiken auf: Von den Haushalten, die angeben durch Einkommensverluste betroffen zu sein, beklagen 11% auch einen Arbeitsplatzverlust. Etwa 18% leiden neben den Einkommensverlusten auch unter Kurzarbeit und etwa 26% nennen auch einen unsicher gewordenen Arbeitsplatz. Von den Haushalten, die einen Arbeitsplatzverlust erlitten, müssen knapp 30% auch Einkommenseinbußen in Kauf nehmen und etwa ein Fünftel empfindet den Arbeitsplatz als unsicher. Haushalte, die von Kurzarbeit betroffen sind, erwähnen zudem jeweils zu 35% Einkommensverluste und erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit.

4.2.2 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken nach Einkommen und Vermögen der Befragten

Differenziert man diese Ergebnisse nach Einkommen und Nettogesamtvermögen, so ergibt sich ein uneinheitliches Bild, vgl. Abbildung 4 und Abbildung 5, in denen nur Haushalte betrachtet

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

werden, von denen mindestens ein Partner am Erwerbsleben teilnimmt.

- Die **Betroffenheit durch Einkommensverluste** nimmt tendenziell mit zunehmendem Einkommen zu. Die meisten Haushalte (16%), die angeben, von Einkommenseinbußen betroffen zu sein, sind im 3. und 4. Einkommensquartil (Abbildung 4).
- Über Nettogesamtvermögensquintile hinweg steigt die Betroffenheit durch Einkommensverluste ebenfalls an, allerdings wesentlich flacher als über die Einkommensquintile. Einkommensverluste sind mit jeweils etwa 14% im 4. und 5. Vermögensquartil am höchsten (Abbildung 5). Dies liegt unter anderem am höheren Anteil Selbständiger in den oberen Vermögensquintilen. Mehr als doppelt so viele Selbständige im Vergleich zu nicht selbständig Tätigen geben an, von Einkommensverlusten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen zu sein (siehe Analyse nach Berufsgruppen in Abschnitt 4.2.4).
- Die **Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit** sinkt mit zunehmendem Einkommen und Vermögen von 7% bzw. 6% auf ca. 2% ab.
- Die **Betroffenheit durch Kurzarbeit** ist am höchsten in den mittleren Einkommensquintilen (10,8% im 3. und 12,5% im 4. Einkommensquartil). Über die Vermögensquintile hinweg ist die Betroffenheit durch Kurzarbeit einigermaßen gleichmäßig verteilt. Sie ist im mittleren Vermögensquartil mit knapp 10% am höchsten.

4.2 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatz

- Die **Betroffenheit durch erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit** steigt über das Einkommen. Sie liegt im 4. Einkommensquartil bei über 21%. Auch über Vermögensquintile hinweg nimmt die Arbeitsplatzunsicherheit eher zu. Personen in den unteren beiden Quintilen empfinden in 11% bis 12% der Fälle, dass ihr Arbeitsplatz unsicher ist. Im mittleren Vermögensquartil sind es 17%.
- Während der Anteil der Haushalte, die angeben, durch keine der genannten Arten von arbeitsmarktbedingten Risiken betroffen zu sein, über Einkommensquintile abnimmt, ist der Anteil der **unbetroffenen Haushalte** über Vermögensquintile hinweg einigermaßen konstant.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

Abbildung 4: Einkommens-/ Arbeitsplatzrisiken nach Einkommensquintilen

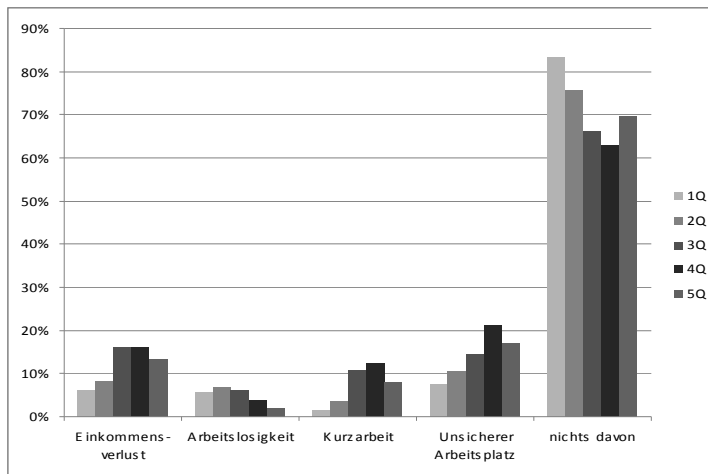
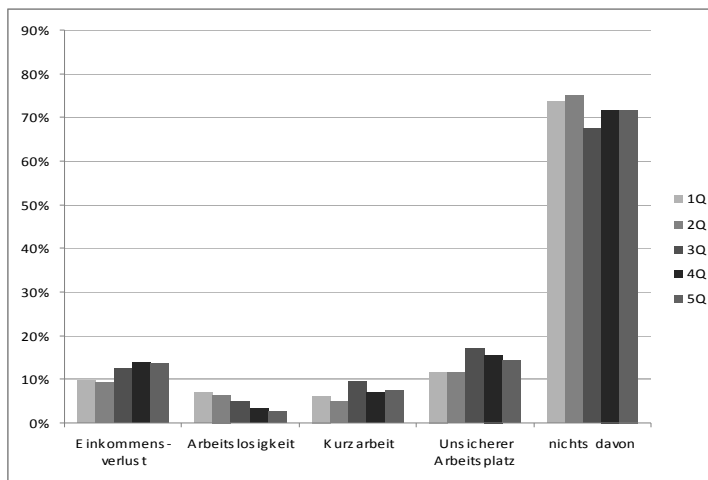


Abbildung 5: Einkommens-/ Arbeitsplatzrisiken nach Vermögensquintilen



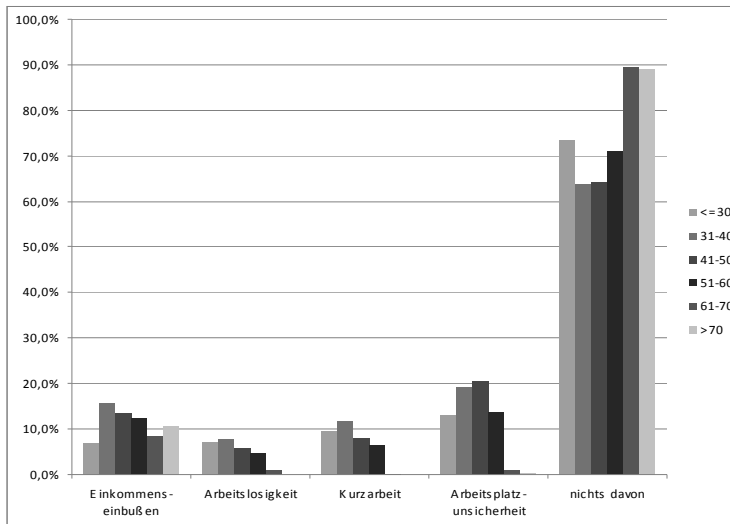
Quelle Abb.4 u. Abb.5: SAVE, eigene Berechnung. Anteile beziehen sich auf Haushalte, in denen mind. die antwortende Person oder der Partner noch am Erwerbsleben teilnehmen.

4.2.3 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken nach Alter der Befragten

Insbesondere Personen im mittleren Alter zwischen 31 und 60 Jahren sind von arbeitsmarktbezogenen Risiken betroffen (Abbildung 6). Dies ist offensichtlich, denn Personen im Alter unter 30 Jahren befinden sich häufig noch in Ausbildung, während Personen im Alter über 60 oft schon in Rente sind. So geben von den über 60-Jährigen fast 90% an, dass ihr Haushalt in keiner der genannten Weisen betroffen ist. Allerdings fühlen sich auch etwa 8% der Haushalte, in denen die Befragungsperson über 60 Jahre alt ist, durch Einkommenseinbußen von der Krise beeinträchtigt. Bei den über 70-Jährigen sind es – trotz der im Mai 2009 beschlossenen „Rentengarantie“ – sogar knapp 11%. Dies könnte unter anderem mit den Vermögensverlusten dieser Haushalte zusammenhängen. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind bei Jüngeren stärker vertreten als bei Älteren. Die Altersgruppe der 41- bis 60-Jährigen empfindet die Arbeitsplatzunsicherheit am stärksten.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

Abbildung 6: Einkommens- und Arbeitsplatzrisiken nach Alter



Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

4.2.4 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzrisiken nach Berufsgruppen

Obwohl auch unter den Selbständigen die überwiegende Mehrheit weder über Einkommenseinbußen noch über Arbeitsmarktrisiken klagt (siehe Tabelle 14), ist der Anteil der Selbständigen, die unter Einkommenseinbußen leiden, etwa doppelt so hoch wie unter den nicht selbständig Tätigen. Einen unsicheren Arbeitsplatz führen etwas mehr als 10% der Selbständigen an.

Auch die Beamte haben – nicht überraschend – kaum mit Einkommens- und Arbeitsplatzverlusten, Kurzarbeit oder einem unsicheren

4.2 Einkommenseinbußen und Arbeitsplatz

Arbeitsplatz zu kämpfen: fast 83% geben an, in keiner der genannten Arten von der Wirtschaftskrise betroffen zu sein.

Arbeiter sind am häufigsten durch arbeitsmarktspezifische Risiken von der Krise in Mitleidenschaft gezogen: 23% beklagen Arbeitsplatzunsicherheit und 16% sind von Kurzarbeit betroffen. 7% der Arbeiter geben an, nach einer Entlassung bereits eine erneute Anstellung als Arbeiter gefunden zu haben.

Angestellte sind durch Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit nur etwa halb so stark betroffen wie Arbeiter. Doch die Unsicherheit bzgl. des Arbeitsplatzes ist mit knapp 22% die zweithöchste in unserem Vergleich. Einkommensverluste müssen knapp 11% der Angestellten in Kauf nehmen.

Tabelle 14: Betroffenheit durch die Finanz- und Wirtschaftskrise nach Berufsgruppen

	Einkommensverlust	Arbeitsplatzverlust	Kurzarbeit	Unsicherer Arbeitsplatz	nichts davon
Arbeiter	14,5%	6,6%	16,2%	22,9%	57,9%
Angestellte	11,0%	3,4%	9,4%	21,5%	66,1%
Beamte	9,6%	1,9%	3,0%	7,3%	82,7%
Selbständige	22,7%	3,3%	4,9%	10,5%	68,3%
mith. Familienangeh. nicht erwerbstätig	14,7%	0,8%	0,5%	11,8%	72,2%
Gesamt	11,6%	4,4%	6,0%	11,8%	74,6%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

4. Wer ist von der Finanzkrise betroffen?

4.2.5 Zusammenfassung

Die große Mehrheit der privaten Haushalte (fast 75%) gibt an, durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bislang noch nicht von Arbeitsmarktrisiken betroffen zu sein. Allerdings zeigt die gruppenspezifische Betrachtung, dass jüngere Haushalte und Haushalte mit niedrigem Einkommen und Vermögen durch die Krise besonders häufig arbeitslos geworden sind.

Mehr Haushalte leiden hingegen unter Einkommenseinbußen, darunter insbesondere die Selbständigen. Auch von Kurzarbeit ist ein größerer Anteil der Haushalte betroffen, hier besonders die Arbeiter. 35% der Haushalte, die von Kurzarbeit betroffen sind, geben an, dass sie auch unter Einkommenseinbußen leiden.

Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt macht sich vor allem in erhöhter „gefühlter“ Arbeitsplatzunsicherheit bemerkbar. Hier ist es interessant, weiter zu untersuchen, inwiefern sich diese Skepsis in den Zukunftserwartungen niederschlägt. Dies wird im folgenden Kapitel thematisiert.

5. Erwartungsanpassung

In der ökonomischen Spar- und Konsumtheorie sind Erwartungen über zukünftige Entwicklungen und Ereignisse die treibende Kraft für Konsum- und Sparscheidungen. Nach der von Modigliani und Brumberg (1954) entwickelten klassischen Lebenszyklustheorie und der durch Friedman (1957) formulierten permanenten Einkommenshypothese sind nicht nur aktuelle Werte verschiedener Einflussgrößen und deren Historie wichtig, sondern ebenso deren zukünftig erwartete Entwicklung. Hier spielen die zukünftige Einkommensentwicklung, der Gesundheitsstand, die institutionellen Rahmenbedingungen (Transferleistungen und Steuern), und Preis- und Zinsentwicklungen eine besondere Rolle. Erwartungsanpassungen, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgerufen wurden, können somit einen großen Einfluss auf das aktuelle Konsum- und Sparverhalten haben.

Zwei Erwartungsfragen aus dem SAVE Fragebogen sind besonders relevant im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise. So werden Haushalte in SAVE regelmäßig aufgefordert, zum einen eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und zum anderen eine Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation in Zukunft auf einer 11 Punkte Skala von 0 „sehr negativ“ bis 10 „sehr positiv“ abzugeben.

Die Frage nach der erwarteten Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Situation enthält viele Unter Aspekte. So hat die zukünftige Einkommensentwicklung und eine damit in Verbindung stehende

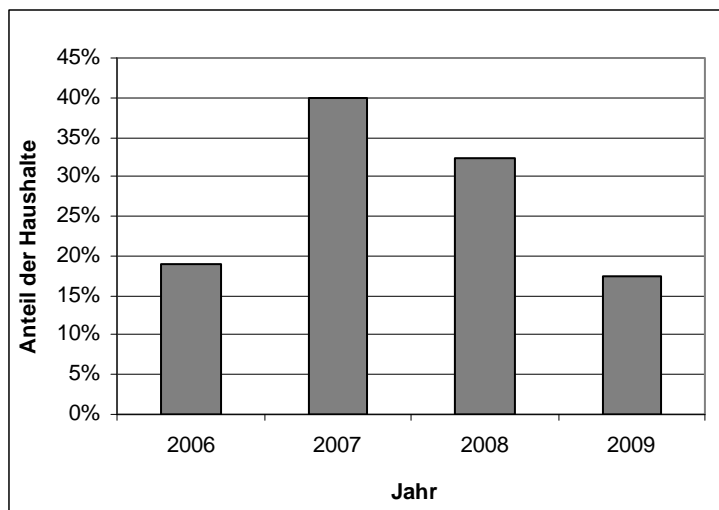
4B5. Erwartungsanpassung

mögliche Arbeitslosigkeit einen großen Einfluss auf die persönliche wirtschaftliche Situation. Aber auch das Vermögen, seine Entwicklung durch Zinszahlungen oder intergenerative Transfers spielen eine wichtige Rolle. Das Anlageverhalten wird stark von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst. So steht die konjunkturelle Entwicklung eng mit dem Arbeitsplatzrisiko und mit der Aktienkursentwicklung in Verbindung, und ebenso die Entwicklung der persönlichen wirtschaftlichen Situation mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung.

Der Anteil der Haushalte mit positiven Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands (Kategorien 6 bis 10 auf der Punkteskala) ist für die Jahre 2006 bis 2009 in Abbildung 7 dargestellt. Während 2006 weniger als 20% der Haushalte eine positive wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erwarteten, waren es in 2007 bereits 40%. Das heißt, die Erholung nach der wirtschaftlichen Flaute in den Jahren bis 2005, spiegelt sich in den stark positiven Zukunftserwartungen der Haushalte in 2007 wider. Nach Jahren der Stagnation meldete das Statistische Bundesamt für 2006 und 2007 Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 2,9% und 2,5%. Im Zeitpunkt der Befragung Mitte 2008 war allerdings schon wieder eine Abkühlung der wirtschaftlichen Lage zu spüren, vermutlich durch die ersten Anzeichen der Krise und vermehrte Diskussionen über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten besonders in den USA. Allerdings hatten im Sommer 2008 immer noch 32% der Haushalte positive Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Im Sommer 2009 fiel der Anteil der Haushalte mit positiven Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung

Deutschlands auf nur noch 18%. Die Mehrheit der Haushalte erwartet demnach keine Besserung der wirtschaftlichen Lage in absehbarer Zeit.

Abbildung 7: Positive Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands



Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Betrachtet man im Vergleich dazu die Einschätzungen bzgl. der eigenen wirtschaftlichen Situation (Abbildung 8), so fallen die Schwankungen weitaus weniger stark aus. Die Tendenz ist allerdings die gleiche. So erwarteten 2006 rund 36% der Befragten eine positive Entwicklung (Kategorien 6-10 auf der Punkteskala) der eigenen wirtschaftlichen Situation. 2007 stieg der Prozentsatz auf 41% an und verringerte sich in 2008 auf 38%. Doch auch hier zeigt

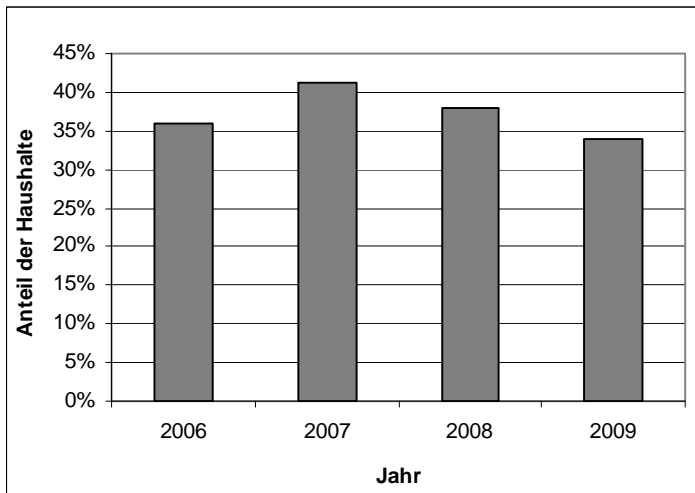
4B5. Erwartungsanpassung

die Finanzkrise Wirkung: Im Jahr 2009 wurde mit 34% der tiefste Wert im betrachteten Zeitraum erreicht.

Grundsätzlich schätzt ein Großteil der Haushalte die eigene zukünftige wirtschaftliche Situation weniger pessimistisch ein als die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Dies ist ein bekanntes Ergebnis. Dennoch sind die Haushalte zum größten Teil pessimistisch auch in Bezug auf ihre persönliche Situation. Dieser Grundpessimismus wurde durch die Finanzkrise verschärft.

Bemerkenswert ist allerdings, dass sowohl in Abbildung 7 als auch in Abbildung 8 kein signifikanter Unterschied zwischen den Jahren 2006 und 2009 zu erkennen ist, obwohl bereits im Frühjahr 2009 von der schlimmsten Krise seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre gesprochen wurde.

Abbildung 8: Positive Erwartungen zur eigenen wirtschaftlichen Situation



Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Auch wenn die Auswertung der Fragen zur persönlichen Betroffenheit durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ergaben, dass ein großer Teil der Haushalte im Sommer 2009 weder durch Vermögensverluste noch durch arbeitsmarktbedingte Probleme betroffen war, so zeigt sich anhand der Fragen nach den erwarteten zukünftigen Entwicklung eine große Skepsis. Das Sinken der positiven Erwartungen hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Situation und das noch stärkere Einbrechen der positiven Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise spiegeln eine Krisenstimmung wider, die nicht unbedingt mit einer tatsächlichen Betroffenheit einhergeht.

4B5. Erwartungsanpassung

6. Reaktionen auf die Finanzkrise

6.1 Reaktionen auf Vermögensverluste

Nach der Analyse der Betroffenheit privater Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und der Betrachtung der Erwartungen bzgl. der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sowie der eigenen wirtschaftlichen Situation stellt sich als nächstes die Frage, wie Haushalte mit den Verlusten und den arbeitsmarktbedingten Risiken umgegangen sind, ob sie ihr Sparverhalten durch die Finanzkrise und die damit verbundene Erwartungsanpassung grundlegend, oder ob sie es nur kurzfristig verändert haben.

Zunächst untersuchen wir, ob Haushalte überhaupt auf den Wertverlust ihrer Anlagen reagiert haben. Mögliche Reaktionen sind der teilweise oder vollständige Verkauf der mit Verlust behafteten Anlagen. Etwa 75% der betroffenen Haushalte haben nichts mit ihren Anlagen unternommen (Tabelle 15). Nur gut ein Viertel der Haushalte wurde aktiv und verkaufte Anlagen, mehr als 14% von ihnen vollständig.

Tabelle 15: Reaktion auf den Wertverlust der Anlagen

Reaktion der Betroffenen	Anzahl der Haushalte	in %
Anlagen behalten	325	74,7%
Anlagen teilweise behalten	48	11,1%
Anlagen komplett verkauft	62	14,2%
Gesamt	435	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

5B6. Reaktionen auf die Finanzkrise

Haben Haushalte Anlagen verkauft, so wurde der Erlös aus dem Anlagenverkauf größtenteils (von ca. 83% der Haushalte) auf andere Anlagen übertragen (Tabelle 16). Rund 18% nutzen das Geld aus dem Verkauf hauptsächlich für den Konsum.

Vor allem Haushalte, die am Ende des Monats meist kein Geld mehr übrig haben, konsumieren das Geld aus dem Aktienverkauf (Tabelle 17). In die gleiche Richtung deutet, dass vermögensärmere Haushalte den Erlös zum größten Teil für den Konsum ausgegeben haben.

Tabelle 16: Verwendung des Erlöses aus dem Anlagenverkauf

Erlös	Anzahl der Haushalte	in %
für Konsum ausgegeben	19	17,5%
auf andere Anlagen übertragen	91	82,5%
Gesamt	110	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Tabelle 17: Erlös aus dem Anlagenverkauf und verbleibendes Geld am Ende eines Monats

größtenteils in	Am Monatsende blieb oft/ reichlich Geld übrig		Gesamt
	Nein	Ja	
Konsum	18,2%	11,4%	13,6%
andere Anlagen	81,8%	88,6%	86,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

6.2 Vermögensumschichtungen

Vermögensumschichtungen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sind selten. Selbst wenn man Anlagen ohne Wertverlust einbe-

13B6.2 Vermögensumschichtungen

zieht, wurden nur etwas mehr als 8% der Haushalte aktiv (Tabelle 18). Dies bestätigt die bereits zuvor angedeutete Passivität der deutschen Haushalte in Bezug auf das Management ihrer Finanzanlagen (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 18: Vermögensumschichtungen

Vermögensumschichtung	Anzahl der Haushalte	in %
Ja	184	8,3%
Nein	2.038	91,7%
Gesamt	2.222	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Umschichtungen fanden vor allem in Richtung „sicherer“ Anlagen statt, also in Girokonten, Bargeld, Sparanlagen, Bausparverträge und Staatsschuldverschreibungen (Tabelle 19 oben). 64% der aktiven Haushalte schichteten Vermögen in Sparanlagen um, 20% legten auf dem Girokonto oder in Bargeld an (Tabelle 19 unten). In „riskante“ Anlagen (festverzinsliche Unternehmensanleihen, Aktien- und Immobilienfonds, sonstige Wertpapiere, Gold und Immobilien)¹¹ in-

¹¹ Die Unterteilung in sichere und riskante Anlagen kann nicht trennscharf vorgenommen werden. Vor allem Gold ist auf den Finanzmärkten oftmals ein spekulatives Anlageinstrument. Auf der anderen Seite gilt Gold in unsicheren Zeiten oft als „sicherer Hafen“. Zu den spekulativen Anlageinstrumenten gehören auch verschiedene Anlagen in Immobilien oder festverzinsliche Anleihen verschiedener Unternehmen. Ein Großteil dieser Anlageklassen könnte aber ebenfalls zu den sicheren Anlagen hinzugerechnet werden. Zählt man alle drei Anlageklassen in dieser Grauzone zu den si-

5B6. Reaktionen auf die Finanzkrise

vestierten, wie zu erwarten, weit weniger Haushalte (19%). Hier liegen Aktien- und Immobilienfonds mit 17% deutlich vorne. Etwa 17% der aktiven Haushalte haben sowohl in sichere als auch riskante Anlagen investiert.

Tabelle 19: Wohin wird Vermögen umgeschichtet?

Umschichtungen in	in %*
"sichere" Anlagen	63,9%
"riskante" Anlagen	19,0%
beides	17,1%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung. *Anteil der Haushalte, die Vermögen umschichten.

Umschichtungen in	Anzahl der Haushalte	in %*
Girokonto, Bargeld	37	20,1%
Sparanlagen	118	64,0%
Bausparverträge	14	7,8%
Staatsschuldverschreibungen	12	6,3%
festverzinsliche Unternehmensanleihen	9	5,0%
Aktien- und Immobilienfonds	31	17,1%
sonstige Wertpapiere	7	3,9%
Gold	10	5,5%
Immobilien	18	9,9%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung. Mehrfachnennungen waren möglich. *Anteil der Haushalte, die Vermögen umschichten.

cheren Anlagen noch dazu, so beträgt der Anteil der Umschichtungen in sichere Anlagen sogar 80%.

13B6.2 Vermögensumschichtungen

Bei manchen Haushalten könnte bei der Entscheidung des Kaufs von riskanten Anlagen Ende 2008 auch die Abgeltungssteuer eine Rolle gespielt haben.¹² In der Tat haben sich 70% der Haushalte, die Vermögen umschichteten, mit der Abgeltungssteuer beschäftigt. Dagegen geben nur 50% der Haushalte in der gesamten Stichprobe an, sich mit der Abgeltungssteuer auseinandergesetzt zu haben. Allerdings ist dies auch ein Indiz dafür, dass Haushalte, die sich im Zuge der Finanzkrise aktiv zeigten, generell höheres Interesse an Finanzthemen haben. Etwas mehr als 10% aller Haushalte geben an, aufgrund der Abgeltungssteuer Ende 2008 noch Aktien(fonds) gekauft zu haben und rund 28% dieser Haushalte sagen, sie hätten aufgrund der Finanzkrise in riskante Anlagen investiert. Ob dies nun bedeutet, dass die Investitionen in riskante Anlagen zum Zeitpunkt der Finanzkrise aus steuerlichen Gründen oder zur Änderung der Risikoposition dienten, bleibt damit unklar.

Die Zögerlichkeit der deutschen Privathaushalte, ihre Anlagen umzuschichten, zeigt sich dementsprechend in der sehr stabilen Verteilung der Anlagekategorien über die letzten Jahre (Abbildung 9).¹³

¹² Nach altem Recht konnten bis zum 31.12.2008 Aktien(-fonds) und Immobilienfonds erworben werden, auf deren Kursgewinne nach Verkauf keine Steuern gezahlt werden müssen, wenn die Anlagen mindestens ein Jahr gehalten werden. Ab dem 1.1.2009 werden auch auf die Kursgewinne 25% Abgeltungssteuer einbehalten, auch wenn die Haltedauer ein Jahr übersteigt.

¹³ Die Betrachtung beschränkt sich hier auf das Geldvermögen (Sparanlagen, Bausparverträge, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien(-fonds) und Immobilienfonds, sonstige Wertpapiere). Nicht betrachtet wird das Vermö-

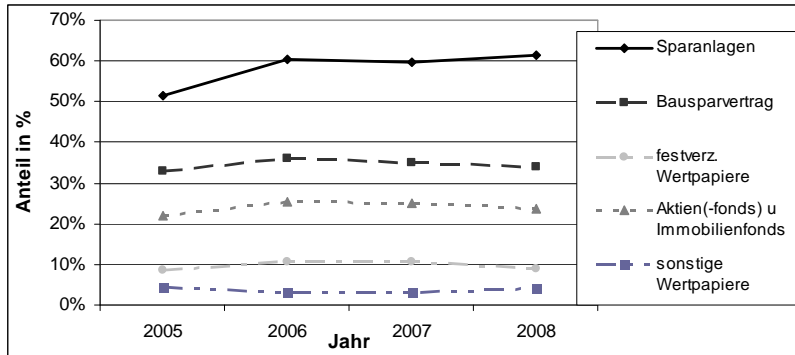
5B6. Reaktionen auf die Finanzkrise

So liegt der Anteil der Haushalte mit Sparanlagen seit Ende 2005 relativ konstant bei 60%. Etwa jeder dritte Haushalt besitzt einen Bausparvertrag und etwa jeder zehnte Haushalt festverzinsliche Wertpapiere. Ein großer Einbruch vor allem beim Anteil der Aktien(-fonds) und Immobilienfonds bleibt Ende 2008 aus. Während der Anteil der Haushalte mit Aktien(-fonds) zwischen 2005 und 2006 von 21% auf 25% anstieg, fiel der Anteil in 2008 auf knapp 23%. Dies hat sich bereits in unserer Analyse angedeutet: Lediglich gut 14% der Haushalte gaben an, ihre mit Wertverlusten behafteten Anlagen komplett verkauft zu haben (Tabelle 15). Wenn man davon ausgeht, dass es sich bei den von Wertverlusten betroffenen Anlagen in erster Linie um Aktien(-fonds) und Immobilienfonds gehandelt hat, dann überrascht es bei der geringen Reaktion der Haushalte nicht, dass der Anteil der Haushalte, die Aktien(-fonds) oder Immobilienfonds halten, weniger stark absinkt als erwartet. Bei sonstigen Wertpapieren steigt der Anteil der Haushalte mit dieser Vermögensposition von 2007 auf 2008 leicht um etwa 0,7 Prozentpunkte auf 4,0%.

gen in der betrieblichen und privaten Altersvorsorge, wozu in dieser Studie auch Kapitallebensversicherungen zählen.

13B6.2 Vermögensumschichtungen

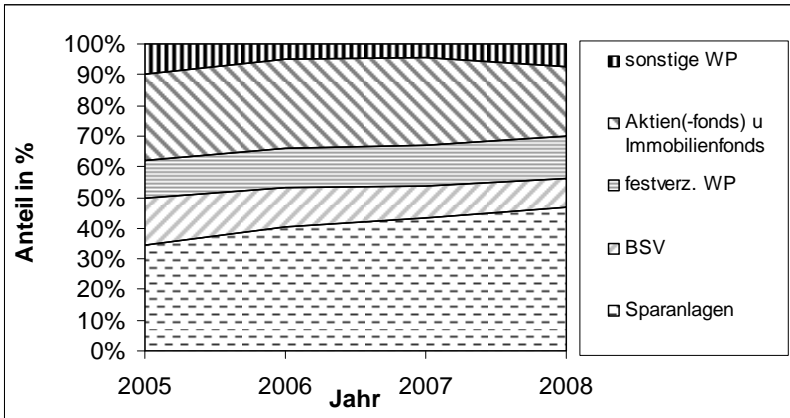
Abbildung 9: Anteil der Haushalte, die am Ende des jeweiligen Jahres bestimmte Geldvermögenskategorien halten



Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Als Anteil am gesamten Geldvermögen der Haushalte stiegen Sparanlagen stetig von 35% am Ende 2005 auf 48% bis Ende 2008 an (Abbildung 10). Im Gegenzug verringerte sich der Anteil der Bausparverträge von etwa 16% auf 10%. Der Anteil der festverzinslichen Wertpapiere bewegte sich wenig zwischen 12% und 13%. Aktien(-fonds) und Immobilienfonds machten dagegen von 2005 bis 2007 zwischen 28% und 29% am Geldvermögen aus. Ihr Anteil fiel Ende 2008 auf 22%. Dabei geht dieser Rückgang zum einen auf den Wertverlust dieser Anlagekategorie zurück, zum anderen auf die Vermögensumschichtungen.

Abbildung 10: Anteil der Geldvermögenskategorien am gesamten Geldvermögen



Quelle: SAVE, eigene Berechnung. BSV: Bausparverträge.

6.3 Änderungen im Sparverhalten

Sparen Haushalte aufgrund der Krise mehr, um gegen Einkommensschwankungen gerüstet zu sein und um Vermögensverluste auszugleichen? Oder sparen sie weniger, da sie weniger Einkommen zur Verfügung haben oder weil sie aufgrund der Unsicherheit an den Finanzmärkten generell verunsichert sind?

Auf die Frage, ob Haushalte planen, mehr, weniger oder genauso viel im Jahr 2009 zu sparen wie im Jahr 2008 (Tabelle 20), antworten knapp 30% der Haushalte, dass sie das noch nicht wissen. Dies kann Ausdruck der Verunsicherung der Haushalte im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Lage und die persönliche Situation im Frühsommer 2009 sein. Knapp 12% geben an, mehr zu sparen und etwa 7% möchten weniger sparen. Mehr als die Hälfte aller Haus-

6.3 Änderungen im Sparverhalten

halte plant, das Sparverhalten im Vergleich zum Vorjahr nicht zu ändern.

Der Hauptgrund für eine höhere Ersparnis ist in erster Linie die gestiegene Unsicherheit (ca. 55%, siehe Tabelle 21). Der zweithäufigste Grund sind erhöhte Ausgaben in der Zukunft. Das Motiv für eine niedrigere Ersparnis ist in fast der Hälfte aller Fälle ein geringeres Einkommen. Ein höheres Finanzmarktrisiko nennen immerhin knapp 19% der Haushalte als Grund für weniger Ersparnis (Tabelle 22).

Tabelle 20: Änderung des Sparverhaltens 2009

im Vgl. zu 2008	Anzahl der Haushalte	in %
mehr sparen	262	11,8%
weniger sparen	158	7,1%
genauso viel sparen	1.147	51,6%
weiß (noch) nicht	654	29,4%
Gesamt	2.222	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Tabelle 21: Gründe für eine höhere Ersparnis 2009

Gründe	Anzahl der Haushalte	in %*
Ausgleich Vermögensverluste	25	9,5%
Umgang mit gestiegener Unsicherheit	144	55,0%
erhöhte Ausgaben in Zukunft	81	30,8%
Erhöhung zukünftiger Steuerlast	32	12,1%
sonstige Gründe	50	19,2%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung. *in % der Haushalte, die mehr sparen.

5B6. Reaktionen auf die Finanzkrise

Tabelle 22: Gründe für eine geringere Ersparnis 2009

Gründe	Anzahl der Haushalte	in %*
zu hohes Finanzmarktrisiko	30	18,8%
Verunsicherung über beste Anlage	16	9,9%
geringeres Einkommen	77	48,5%
bereits genug gespart	13	7,9%
Anschaffungen	28	18,0%
sonstige Gründe	23	14,5%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung. *in % der Haushalte, die mehr sparen.

Inwieweit ist Arbeitsplatzunsicherheit ein Grund für dieses Vorsichtssparen? 73% der Haushalte, die ihren Arbeitsplatz als unsicher empfinden, sparen aufgrund der gestiegenen Unsicherheit (Tabelle 23). Haushalte, die ihren Arbeitsplatz nicht als unsicher empfinden, nennen dagegen eine unsichere Zukunft nur in 51% der Fälle als Grund.

Auch die Betroffenheit durch Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzverlust macht sich direkt bei den Sparmotiven bemerkbar. Mehr als zwei Drittel der Haushalte, die von Einkommenseinbußen oder Arbeitsplatzverlust durch die Krise betroffen sind, geben als Grund für höhere Ersparnis eine unsichere Zukunft an, wohingegen nur knapp die Hälfte der in dieser Weise nicht betroffenen Haushalte, dieses Ersparnismotiv anführt. Es zeigt sich auch, dass etwa 46% der Haushalte, die eine erhöhte Unsicherheit als Ersparnisgrund nennen, tatsächlich von Einkommens- oder Arbeitsplatzverlust betroffen sind. Von den Haushalten, die diesen Grund nicht nennen, sind weniger als 30% von Einkommens- oder Arbeitsplatzverlust betroffen.

6.3 Änderungen im Sparverhalten

Auch zwischen der Betroffenheit durch Vermögensverluste und den Sparmotiven zeigt sich ein Zusammenhang: Von den Haushalten, die von Verlusten betroffen sind, geben 26% an, deswegen in 2009 mehr zu sparen. Erstaunlicherweise geben auch knapp 6% der nach eigenen Angaben nicht durch Vermögensverluste durch die Finanzkrise betroffenen Haushalte an, aufgrund von Vermögensverlusten mehr zu sparen. Ein Grund könnte sein, dass diese Haushalte Vermögensverluste unabhängig von der Finanzkrise erlitten haben.

Tabelle 23: Höhere Ersparnis wegen gestiegener genereller Unsicherheit und Arbeitsplatzunsicherheit

Mehr sparen wg. Unsicherheit	unsicherer Arbeitsplatz		Gesamt
	Nein	Ja	
Nein	49,3%	27,1%	45,0%
Ja	50,7%	72,9%	55,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Tabelle 24: Höhere Ersparnis wegen Unsicherheit und Einkommens- bzw. Arbeitsplatzverlust

Mehr sparen wg. Unsicherheit	keine Veränderung Einkommen/Arbeitsplatz		Gesamt
	Nein	Ja	
Nein	33,9%	51,7%	45,0%
Ja	66,1%	48,3%	55,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

5B6. Reaktionen auf die Finanzkrise

Neben der kurzfristigen Anpassung des Sparverhaltens können Haushalte aufgrund der Finanzkrise auch ihre langfristige Strategie der Ersparnisbildung anpassen.

Inwiefern veranlasst ein Schock wie die Finanzkrise Haushalte dazu, ihre Strategie zur Ersparnisbildung grundsätzlich zu überdenken und zu verändern? Offenbar gilt dies nur für wenige Haushalte. Jeweils knapp 45% der Haushalte planen ihr Verhalten nicht grundlegend zu ändern bzw. sehen sich nicht in der Lage eine Einschätzung vorzunehmen (Tabelle 25). Nur etwa 11% der Befragten sind bereits heute sicher, in Zukunft verstärkt sichere Anlagen zu wählen. Auch hier drückt sich die im Frühsommer 2009 bestehende Unsicherheit hinsichtlich des zukünftigen Verhaltens und der zukünftigen Entwicklung aus.

Tabelle 25: Grundsätzliche Änderung des Sparverhaltens

Veränderung Sparverhalten	Anzahl der Haushalte	in %
sichere Anlagen beibehalten	238	10,7%
Einschätzung noch nicht möglich	991	44,6%
	993	44,7%
Gesamt	2.222	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Die Gründe für eine Verhaltensänderung hin zu sicheren Anlagen kann mehrere Ursachen haben (Nosić und Weber, 2009). So können die Erwartungen über die Höhe zukünftiger Renditen riskanter Finanzanlagen gesunken sein oder die Risikoeinschätzung der riskanten Anlagen ist gestiegen. Ausgelöst durch einen größeren Vermögensverlust könnten sich auch die Risikopräferenzen hin zu einer

6.3 Änderungen im Sparverhalten

stärkeren Risikoaversion verändert haben. Soweit ein negativer Zusammenhang zwischen dem Grad der Risikoaversion und dem Vermögen besteht, kann zudem ein geringeres Vermögen die Risikoaversion erhöhen und eine Änderung des Sparverhaltens hin zu sicheren Anlagen bewirken.

6.4 Zusammenfassung

Ein großer Teil der Haushalte hat im Frühsommer 2009 noch nicht mit seinem Anlageverhalten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Es kam nicht zu Vermögensumschichtungen in größerem Ausmaß. Wenn Haushalte überhaupt aktiv wurden, dann in erster Linie, um Vermögen in relativ sicheren Anlageformen unterzubringen.

Auch das Sparverhalten haben nur wenige Haushalte verändert. Im Frühsommer 2009 planen die wenigsten Haushalte entweder kurzfristig oder grundsätzlich ihr Verhalten anzupassen. Insgesamt deuten einige Antworten auf eine verbreitete Unsicherheit hin, die weniger von Gelassenheit als vielmehr von Unentschlossenheit zeugt.

Diejenigen Haushalte, die Anpassungen im Sparverhalten vornehmen, sind zumeist auch direkt und persönlich von der Krise betroffen. Soweit sich diese erst verzögert, zum Beispiel in Form von Arbeitslosigkeit einstellt, können entsprechend auch die Sparverhaltensänderungen erst verzögert eintreten. Es bleibt zu diesem Zeitpunkt der Untersuchung offen, ob Haushalte nicht reagieren, weil sie tatsächlich nicht von der Krise betroffen sind, weil sich die Betroffenheit noch nicht eingestellt hat, weil sie die die Betroffenheit

5B6. Reaktionen auf die Finanzkrise

nicht bemerkt haben oder weil sie aufgrund einer grundsätzlichen Verunsicherung erst einmal abwarten.

7. Wirkung der Konjunkturmaßnahmen

Die außergewöhnliche Lage an den Finanzmärkten und die aufziehende Wirtschaftskrise Ende 2008 veranlasste weltweit die Politik, mit umfangreichen Konjunkturpaketen zu reagieren. In Deutschland sollte ein Teil dieser Maßnahmenpakete die privaten Haushalte entlasten, um so durch einen höheren Konsum die Binnenkonjunktur zu stärken. Die Diskussion über eine Entlastung der Bürger reichte dabei von der Abwrackprämie über Konsumgutscheine bis zu Steuerentlastungen.

Um die Effektivität dieser konjunkturpolitischen Maßnahmen abzuschätzen, wurden in den Fragebogen von SAVE 2009 zwei Fragen aufgenommen. Zum einen sollten die Befragten beurteilen, wie sie mit den tatsächlichen durch das Konjunkturpaket II beschlossenen Entlastungen umgehen. Dabei wollten wir auch wissen, ob die durch die Entlastungen zur Verfügung stehenden Geldbeträge zur Stärkung der Binnenkonjunktur konsumiert oder gespart werden (Frage 145). Zum anderen wurde eine hypothetische Frage gestellt, die bei der Beurteilung helfen sollte, ob Konsumgutscheine tatsächlich zusätzliche Nachfrage geschaffen hätten oder damit Anschaffungen finanziert worden wären, die man sich ohnehin gekauft hätte (Frage 146). Der Fragebogen im Anhang C gibt den Wortlaut der Fragen wieder.

7.1 Betroffenheit durch Konjunkturmaßnahmen

Die Ergebnisse liefern ein differenziertes Bild. Etwa 35% der Befragten geben an, von den Maßnahmen durch das **Konjunkturpaket II** profitiert zu haben (Tabelle 26). Dies bedeutet, dass diese Maßnahmen ihr Ziel, den Konsum anzukurbeln, immerhin bei einem guten Drittel der Haushalte erreichen können, wenn diese wie erwartet reagieren. Dies werden wir in Abschnitt 7.2 untersuchen.

Umgekehrt bedeutet dieses Drittel aber auch, dass die Konjunkturmaßnahmen zumindest in den Köpfen der meisten Bürgern nicht angekommen sind. Denn nur wenn die Entlastung bewusst wahrgenommen wird, kann dies auch Verhaltensänderungen nach sich ziehen, etwa einen höheren Konsum.

Tabelle 26: Reaktionen auf das Konjunkturpaket II

Verwendung	Anzahl der Haushalte	in %
komplett sparen	77	3,5%
mehr sparen, weniger konsumieren	50	2,3%
weniger sparen, mehr konsumieren	71	3,2%
komplett konsumieren	284	12,8%
(noch) keine Einschätzung möglich	291	13,1%
nicht betroffen	1.448	65,1%
Gesamt	2.222	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Der hohe Prozentsatz von angeblich nicht betroffenen Befragten ist erstaunlich. So profitieren doch alle Erwerbstätigen von der Senkung des Einkommenssteuersatzes von 15% auf 14% und der schrittweisen Erhöhung des Grundfreibetrages. Die meisten sozialversi-

7.1 Betroffenheit durch Konjunkturmaßnahmen

cherungspflichtig Beschäftigten und Rentner werden von der Reduktion des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um 0,6 Prozentpunkte ab 1. Juli 2009 begünstigt. Zudem werden Familien mit Kindern entlastet, so lange gewisse Bruttoeinkommensgrenzen nicht überschritten werden.

Bei Rentnern (genauer: Haushalte, in denen der Befragte wie auch sein Partner, falls vorhanden, bereits in Rente sind), geben mit fast 90% ganz besonders viele an, von den Konjunkturmaßnahmen nicht zu profitieren. Dies könnte verschiedene Erklärungen haben. Zum einen wissen eventuell viele Rentner nicht, dass auch sie durch eine Senkung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung entlastet wurden, da die Krankenkassenbeiträge direkt von der Gesetzlichen Rentenversicherung abgeführt werden. Zudem könnte die Entlastung deshalb nicht als solche wahrgenommen werden, weil es sich faktisch um die Rücknahme einer zum 1. Januar vorgenommen Beitragssatzerhöhung von durchschnittlich 14,9% auf 15,5% handelte. Außerdem ist die Höhe der Entlastung für einen Rentner recht gering. Bezieht ein Rentner durch die gesetzliche Rentenversicherung eine monatliche Rente von beispielsweise 1.000€, so entlastet ihn die Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung um 0,3%, da Rentner die Hälfte des Beitrags zur Krankenversicherung selbst leisten müssen. Das heißt die monatliche Entlastung beträgt in diesem Beispiel 3€. Dass diese Entlastung von den wenigsten als eine solche wahrgenommen wird, ist verständlich. Schließlich kann die Angabe der Nichtbetroffenheit auch daher rühren, dass der Befragungszeitpunkt und der Zeitpunkt der Beitrags-

7. Wirkung der Konjunkturmaßnahmen

satzänderung in etwa zusammenfallen, so dass Betroffene den geringeren Beitragssatz eventuell noch gar nicht bemerkt haben.

Das Gegenteil gilt für Familien mit Kindern, die noch Kindergeld beziehen. Hier reduziert sich der Anteil der nicht betroffenen Haushalte auf 9%. Ein Kinderbonus von 100 €, der auf einmal ausgezahlt wird, macht sich also viel deutlicher bemerkbar als indirekte Entlastungen wie die der Rentner.

7.2 Reaktion auf Konjunkturmaßnahmen

Wie reagiert nun das Drittel der Haushalte, das angibt, von den Maßnahmen des Konjunkturpakets II profitiert zu haben? Ein Großteil möchte den zusätzlich verfügbaren Geldbetrag zum größten Teil (15%) oder komplett konsumieren (59%). Die Konsumquote aus den Zusatzeinkünften, die die Konjunkturmaßnahmen gewähren, liegt also unter 74%. Wiederum ist die Botschaft also zwiespältig. Zum einen wird in der Tat der Konsum angehoben, aber auf der anderen Seite ist die Sparquote aus dem Zusatzeinkommen mehr als doppelt so hoch wie die normale Sparquote.

Auch die potentiellen Auswirkungen von **Konsumgutscheinen** geben ein ähnliches Bild (Tabelle 27). So geben gut 27% der Befragten an, sie würden Güter kaufen, die sie sich sonst nicht gekauft hätten. Diese Reaktion entspräche also genau derjenigen, die man sich von solchen Gutscheinen erhofft. 73%, der Haushalte würden jedoch einen Konsumgutschein für etwas einlösen, das sie ohnehin gekauft hätten. Bei diesen Haushalten gibt es also lediglich Mitnahmeeffekte, während die konjunkturfördernde Wirkung verpufft.

17B7.2 Reaktion auf Konjunkturmaßnahmen

Im Übrigen mag es überraschen, wie verschieden die Spar- und Konsumneigungen sind, die mit den unterschiedlichen Fördermaßnahmen verbunden sind (unspezifizierte Zusatzeinkünfte, Kinderbonus, Konsumgutscheine). Dies mag zum einen an der Relevanz der Maßnahme liegen (hypothetische Gutscheine vs. bereits als Gesetz verabschiedete Kinderboni, Geld bereits ausgezahlt vs. erst in der Zukunft fällig, usw.), zum anderen an unterschiedlichen betroffenen Personengruppen, die sich in ihrer Sparneigung unterscheiden, und schließlich daran, dass Menschen unterschiedliche Sparneigungen für unterschiedliche Einkommensarten aufweisen („Mental Accounting“).

Tabelle 27: Verwendung eines Konsumgutscheins

Kaufen, was ich/ wir	Anzahl der Haushalte	in %
sonst nicht gekauft hätten	607	27,3%
ohnehin gekauft hätten	1.615	72,7%
Gesamt	2.222	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

Für die Beurteilung der Effektivität konjunkturpolitischer Maßnahmen ist es ferner wichtig zu wissen, ob die Haushalte den Zusammenhang zwischen Ausgaben erhöhenden und Steuer mindernden Maßnahmen und der dadurch entstehenden **Staatsverschuldung** einerseits und späteren Steuererhöhungen zur Rückzahlung dieser Schulden andererseits verstehen. Diesem Zusammenhang ist Frage 147 im Fragebogen von SAVE 2009 gewidmet. Theoretischer Hintergrund ist die sogenannte Ricardianische Äquivalenz, die in ihrer idealisierten Form bedeutet, dass die Haushalte perfekt antizipieren,

7. Wirkung der Konjunkturmaßnahmen

dass ein höheres Staatsdefizit heute zu einer stärkeren Steuerbelastung morgen führt, und sie deshalb ihr Spar- und Konsumverhalten heute schon den höheren Steuern morgen anpassen. Das heißt konkret, dass die Haushalte heute schon mehr sparen, damit sie die zukünftige höhere Steuerlast tragen können, ohne ihren Konsum in der Zukunft zu stark einschränken zu müssen. Verhalten sich die Haushalte nach der Ricardianischen Äquivalenz, haben defizitfinanzierte Konjunkturmaßnahmen überhaupt keine stimulierende Wirkung, da in dem Maße, wie die Konjunktur durch diese Maßnahmen stimuliert wird, die Haushalte weniger konsumieren.

Die weit überwiegende Anzahl der Haushalte antizipieren tatsächlich eine Steuererhöhung (Tabelle 28). Insgesamt erwarten 75% in naher Zukunft und 15% in ferner Zukunft Steuererhöhungen. Dies bedeutet, dass etwa 90% der Haushalte den Zusammenhang zwischen einem höheren Staatsdefizit heute und höheren Steuern morgen durchschauen. Nur knapp 5% sehen in einer Ausgabenreduktion einen Weg, der zukünftige Steuererhöhungen vermeidet. Weitere 5% der Haushalte sind der Meinung, dass Steuererhöhungen durch ein höheres Wirtschaftswachstum umgangen werden können.

Tabelle 28: Zukünftige Steuererhöhung wegen des Konjunkturpakets

Steuererhöhung	Anzahl der Haushalte	in %
in naher Zukunft	1.669	75,1%
in ferner Zukunft	328	14,8%
nein, da Reduktion der Ausgaben	109	4,9%
nein, da höheres Wachstum	116	5,2%
Gesamt	2.222	100,0%

Quelle: SAVE, eigene Berechnung.

7.2 Reaktion auf Konjunkturmaßnahmen

Das Verstehen dieses Zusammenhangs ist jedoch nur der erste Schritt. Der zweite Schritt besteht darin, sein Verhalten aufgrund dieser Erkenntnis anzupassen. Gälte also die Ricardianische Äquivalenz, so wie es die Haushalte zu verstehen angeben, dann müssten die Haushalte, deren Einkommenslage es zulässt, in 2009 mehr sparen als in 2008. Eine höhere Sparneigung aus dem Zusatzeinkommen, das die Konjunkturprogramme bereitstellen, hatten wir ja bereits messen können. Eine explizite erhöhte Sparneigung geben jedoch nur knapp 12% der Haushalte an (Tabelle 20). Von diesen 12% sparen nur etwa 12% mehr, weil sie aufgrund gestiegener Staatsschulden eine höhere Steuerlast erwarten (Tabelle 21). Einmal mehr zeigt sich also, dass diese komplexen Sachverhalte den Haushalten bei Nachfrage durch das SAVE-Interview nur bedingt transparent sind. Ob es sich um Nichtwissen, kognitive Dissonanz oder subtilere Zusammenhänge handelt, kann nur durch mittels einer multivariaten Analyse verstanden werden.

7.3 Zusammenfassung

Obwohl die meisten Haushalte den Zusammenhang zwischen einem höheren Staatsdefizit heute und höheren Steuern morgen verstehen, handelt nur ein Bruchteil der Befragten unmittelbar nach der Theorie der Ricardianischen Äquivalenz. Dies könnte an der Unsicherheit liegen, wie das aufgebaute Defizit abgebaut wird und über welchen Zeitraum dies stattfinden soll. Gehen Haushalte beispielsweise von höheren Grenzsteuersätzen für hohe Einkommen aus, wird dies nur einen Teil der Haushalte betreffen. Auch Haushalte, deren restliche Lebenserwartung sich auf einen Zeitraum von wenigen Jahren be-

7. Wirkung der Konjunkturmaßnahmen

schränkt, werden nicht mehr sparen, wenn diese davon ausgehen, dass die Steuererhöhungen erst nach ihrem Ableben eingeführt werden und sie die Steuerlast ihrer Erben nicht in ihr Kalkül mit einbeziehen. So haben Haushalte, die angeben wegen der zukünftig höheren Steuerlast mehr zu sparen, eine signifikant längere Lebenserwartung als Haushalte, die nicht aus diesem Grund mehr sparen.

Die Tatsache, dass nur die wenigsten Haushalte unmittelbar nach der Ricardianischen Äquivalenz handeln, gibt einer defizitfinanzierten Konjunkturpolitik nach Keynes zumindest die Möglichkeit, stimulierende Wirkungen zu entfalten.

Allerdings wurde die Entlastung durch das Konjunkturpaket II von fast zwei Dritteln der Haushalte zum Befragungspunkt nicht wahrgenommen. Zudem scheinen die Haushalte einen überproportionalen Anteil der Zusatzeinkünfte zu sparen, anstatt sie zu konsumieren. Beides schränkt die Wirkung der konjunkturpolitischen Maßnahmenpakete massiv ein. Selbst wenn die Wahrnehmung der Entlastung bzw. ein höherer Konsum erst verzögert einträte, würde dadurch der Konjunkturstimulus eingeschränkt; schlimmstenfalls könnte dieser sogar prozyklisch wirken.

Wir werden die längerfristigen Auswirkungen 2010 in der nächsten SAVE-Erhebung prüfen können. In jedem Fall lässt sich aus dem Unterschied zwischen den Reaktionen der Rentner und denen der Kinderbonus-Empfängern schließen, dass es für Maßnahmenpakete zur Förderung der Konjunktur wichtig ist, Zusatzeinkünfte in Form von direkten Entlastungen mit einem nennenswertem Umfang auszugestalten, um Verhaltensänderungen in Richtung eines höheren Konsums zu erzeugen.

8. Fazit

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in der vergangenen Zeit bei Politikern, Fachleuten und der breiten Öffentlichkeit eine große Besorgnis über die Stabilität der Weltwirtschaft, die Transparenz des Finanzsystems und die Auswirkungen von nicht mehr überblickbaren Verzahnungen zwischen Sektoren und Ländern hervorgerufen. Die öffentliche Krisenstimmung schürte den Eindruck, dass niemand ungeschoren aus dieser Jahrhundertkrise hervorgehen würde. Doch wurden die Auswirkungen der Krise auf die privaten Haushalte bisher nur begrenzt und in erster Linie auf der Basis von aggregierten Daten, Schätzungen und reinen Stimmungsumfragen betrachtet.

Die SAVE-Umfrage 2009 ermöglicht zum ersten Mal anhand von umfassenden Mikrodaten eine detaillierte Erfassung, inwieweit die deutschen Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen wurden. Dabei standen mögliche Vermögensverluste und geänderte Bedingungen am Arbeitsmarkt im Vordergrund. Ferner ermöglichte SAVE 2009 eine detaillierte Analyse von gegenwärtigen und zukünftigen Änderungen im Sparverhalten sowie Reaktionen auf die verschiedenen konjunkturpolitischen Maßnahmen.

Etwa 20% der Privathaushalte in Deutschland sind von Vermögensverlusten und etwa 25% von Arbeitsmarktrisiken betroffen. Diese Angaben überschneiden sich nur teilweise; insgesamt zeigen sich 39% von krisenbedingten Vermögensverlusten, Arbeitsmarktrisiken oder beidem berührt.

8. Fazit

Umgekehrt bedeutet dies, dass eine Mehrheit der Haushalte, etwa 61%, bislang nicht unmittelbar von der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Weltwirtschaftskrise betroffen ist.

Haushalte haben nach eigenen Angaben im Durchschnitt einen Vermögensverlust von knapp 2.500€ erlitten, was etwa 1,7% des Bruttovermögens bzw. etwa 3,6% des Finanzvermögens am Ende des Vorjahres entspricht. Etwa 9% der Haushalte verloren mehr als 10% ihres Finanzvermögens. Nur knapp 4% aller Haushalte verloren mehr als 10% ihres Bruttogesamtvermögens im Vergleich zum Ende des Jahres 2007.

Wohlhabende Haushalte sind eher von Verlusten durch die Finanzkrise betroffen. Höhere Verlustanteile verbuchten auch ältere Haushalte. Während den jungen Haushalten noch Zeit bleibt, die Verluste auszugleichen, haben ältere Haushalte nur noch begrenzte Reaktionsmöglichkeiten. Haushalte mit geringem Einkommen und Vermögen sind eher von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und erhöhter Unsicherheit bzgl. ihres Arbeitsplatzes betroffen. Reichere Haushalte dagegen leiden verstärkt unter Einkommensverlusten.

Die Haushalte haben bis zum Frühsommer 2009 verhalten auf die Krise reagiert. Nur etwa ein Viertel der Haushalte hat ihre durch Wertverluste betroffenen Anlagen zumindest teilweise verkauft. Vermögensumschichtungen im Allgemeinen haben etwa 8% aller Haushalte vorgenommen. Das Geld floss dabei vor allem in „sichere“ Anlagen wie Sparanlagen, Girokonten und Bargeld. Eine grundlegende Veränderung des Sparverhaltens zeichnet sich noch nicht ab: Nur 7% der Haushalte wissen bereits im Frühsommer 2009, dass sie in diesem Jahr weniger sparen werden als 2008. Verantwortlich

für eine niedrigere Ersparnis ist hauptsächlich das gefallene Einkommen. Eine höhere Ersparnis 2009 im Vergleich zu 2008 planen 12% der Haushalte. Der Hauptgrund für die höhere Ersparnis ist die gestiegene Unsicherheit.

Das von der Politik in die Wege geleitete Konjunkturpaket II ist in der Wahrnehmung der meisten Bürger im Frühsommer 2009 noch nicht angekommen. Nur 35% der Befragten geben an, durch die Maßnahmen des Konjunkturpakets II begünstigt zu sein. Dies kann bei Rentnern vor allem an der Unwissenheit über die Entlastung durch die Senkung der Krankenkassenbeiträge liegen oder am geringen Ausmaß der Entlastung. Wird eine Entlastung wahrgenommen, so fließen 74% des freigewordenen Geldes überwiegend in den Konsum, aber mehr als 26% wird gespart. Wären Konsumgutscheine eingeführt worden, so deuten die Antworten darauf hin, dass Mitnahmeeffekte eine große Rolle spielen würden. Den Zusammenhang zwischen höheren Staatsausgaben finanziert durch höhere Schulden und einer gestiegenen Steuerlast in Zukunft verstehen zwar die meisten Haushalte, doch passen die wenigsten ihr Verhalten gemäß der Ricardianischen Äquivalenz an und sparen heute wegen der höheren Steuerlast in Zukunft mehr. Zwar würde dies im Prinzip den Erfolg von stimulierenden Maßnahmen ermöglichen, aber die Tatsache, dass nur ein Drittel die Maßnahmen des größten Konjunkturpakets der Bundesrepublik überhaupt für sich relevant findet und dass aus den Zusatzeinkünften überproportional gespart wurde, zeigt, dass die Effektivität der gewählten Maßnahmen gering war.

8. Fazit

Aufgrund des Pioniercharakters unserer Studie und der zeitlichen Nähe der Datenerhebung gibt es bisher kaum Möglichkeiten, unsere Ergebnisse mit ähnlichen Studien auch in anderen Ländern abzugleichen. Damit bleibt eine Bewertung, ob deutsche Haushalte im internationalen Vergleich zum Zeitpunkt der Untersuchung im Sommer 2009 besonders stark oder ausgesprochen schwach von der Krise getroffen wurden und ob sie stärker oder schwächer als Haushalte in anderen Ländern reagiert haben, zunächst offen. Erste Auswertungen von amerikanischen Daten der Health and Retirement Study ergaben, dass ältere amerikanische Haushalte verstärkt ihren Renteneintritt nach hinten verschieben. Sie sind über die hohe Beteiligung am Aktienmarkt und den Wertverlust ihrer Häuser von der Krise getroffen.¹⁴ Ein direkter Vergleich mit SAVE ist allerdings nicht möglich, da HRS nur Personen älter als 50 Jahre enthält.

Die langfristigen Auswirkungen der Krise können noch nicht auf Basis von nur einer Erhebung im Frühsommer 2009 beurteilt werden. So ist anzunehmen, dass erst in der zweiten Jahreshälfte 2009 die realwirtschaftlichen Auswirkungen voll zum Tragen kommen. Das Auslaufen verschiedener politischer Initiativen als Puffer der Krise wird zumindest in manchen Branchen zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen und somit die Betroffenheit der Haushalte verstärken. Dies wird abermals zu Verhaltensanpassungen führen.

¹⁴ „Older Americans: How they are faring in the recession.“ Vortrag von David Weir am 16. September 2009 anlässlich des 60 jährigen Jubiläums des University of Michigan Institute for Social Research.

Offen ist derzeit auch die Frage, ob die Finanzkrise das Spar- und Anlageverhalten nachhaltig verändert oder ob sich das Verhalten wieder dem Zustand vor der Finanzkrise anpasst und wenn ja wie lange die Anpassung dauert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Gesellschaft und ihre tragende Stütze, die privaten Haushalte, noch viele Jahre beschäftigen. Die Reaktion der privaten Haushalte sollte daher auch in Zukunft im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen, nicht zuletzt in der nächsten SAVE-Umfrage 2010.

8. *Fazit*

Literatur

Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen e.V. (Hrsg.) (2008): Fakten zur Altersvorsorge der Freien Berufe, Broschüre: <http://www.abv.de/documents/abv-fakten.pdf> (Stand 30.9.2009).

Barber, B. M. und T. Odean (2001): Boys will be boys: gender, overconfidence, and common stock investment, *The Quarterly Journal of Economics*, 116(1), 261-292.

Benos, A. V. (1998): Aggressiveness and Survival of Overconfident Traders, *Journal of Financial Markets*, October, 1(3– 4), 353–83.

Benz, T., B. Raffelhüschen und J. Vatter (2009): Finanzmarktkrise und Altersvorsorge: Wie groß sind die Verluste wirklich? Deutsches Institut für Altersvorsorge, Köln.

Börsch-Supan, A., M. Gasche und C. Wilke (2009): Auswirkungen der Finanzkrise auf die gesetzliche Rentenversicherung, ihre Beitragszahler und ihre Rentner, MEA-Studie Nr. 09, Mannheim.

Börsch-Supan, A., M. Gasche und M. Ziegelmeier (2009): Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die private Altersvorsorge, MEA-Studie Nr. 11, Mannheim.

Börsch-Supan, A., M. Coppola, L. Essig, A. Eymann und D. Schunk (2009): The German SAVE study - Design and Results, MEA-Study No 5, 2nd Edition (reprint) with an actualized chapter 4, Mannheim, November.

Bucher-Koenen, T. (2009): Financial Literacy and Private Old-Age Provision in Germany – Evidence from SAVE 2008, MEA Discussion Paper, forthcoming.

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2009): Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im September 2009, Presse Info 071 vom 30.09.2009.

Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (Hrsg.) (2009): Investment 2009 - Daten, Fakten, Entwicklungen.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2009): Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte, Tabelle aus der Finanzierungsrechnung;
http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_wirtschaftsdaten_tabellen.php

- Nosić, A. und M. Weber (2009):** Changes of expectations and risk attitudes and their impact on risk taking behaviour, SSRN Workingpaper, <http://ssrn.com/abstract=1441273>
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009a):** Im Sog der Weltrezession – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009, RWI Essen, 21. April 2009.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009b):** Zögerliche Belegung – steigende Staatsschulden – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009, RWI Essen, 13. Oktober 2009.
- Rässler, S. und R. Riphahn (2006):** Survey item nonresponse and its treatment, Allgemeines Statistisches Archiv, 90, 217 – 232.
- Schunk, D. (2008):** A Markov Chain Monte Carlo Algorithm for Multiple Imputation in Large Surveys, Advances in Statistical Analysis, 92, 101-114.
- Ziegelmeier, M. (2009a):** Documentation of the logical imputation using the panel structure of the 2003-2008 German SAVE Survey, MEA Discussion Paper 173-09, Mannheim.
- Ziegelmeier, M. (2009b):** Das Altersvorsorge-Verhalten von Selbständigen - eine Analyse auf der Basis der SAVE-Daten, MEA Discussion Paper 187-09, Mannheim.

Anhang

Anhang A: Soziodemographische Merkmale der Haushalte in SAVE 2009 (N=2.222)

Variable	Mittelwert	Standard- abweichung	Min	Max
Alter	51	16	21	96
Frauen	53,2%	49,9%	0	1
Osten	29,3%	45,5%	0	1
Deutsche Staatsangehörigkeit	98,9%	10,6%	0	1
Familienstand und Haushaltsgröße				
Verheiratet	57,0%	49,5%	0	1
Alleinstehend	20,8%	40,6%	0	1
Kinder	75,3%	43,1%	0	1
Haushaltsgröße	2	1	1	8
Schulausbildung				
Haupt-/Volksschule	35,4%	47,8%	0	1
Realschule	36,5%	48,1%	0	1
Fachhochschule	8,1%	27,3%	0	1
Abitur	24,5%	43,0%	0	1
Erwerbstätigkeit				
Vollzeiterwerbstätig	33,0%	47,0%	0	1
Arbeitslos	8,0%	27,1%	0	1
Rentnerhaushalt	28,9%	45,3%	0	1
Einkommen				
Nettoeinkommen pro Monat Haushalte mit monatl. Einkommen in Höhe von:	2.153	1.567	0	27.600
<1.000€	21,5%	41,1%	0	1
1.001€-2.000€	34,8%	47,6%	0	1
2.001€-3.000€	25,5%	43,6%	0	1
>3.000€	18,2%	38,6%	0	1
Vermögen				
Nettogesamtvermögen Ende 2008	152.159	413.636	-287.222	101.200.000
Immobilienbesitz	49,9%	50,0%	0	1

Anmerkung: Gewichtete Werte gemäß Mikrozensus 2008 nach Alters- und Einkommensklassen

Anhang B: Fehlende Angaben (Item Nonresponse)

Frage Nr.	Variablen Beschreibung	Missings	in %
134.	Anlageform mit höchstem Verlust	238	10.7%
135.	kein Vermögensverlust	210	9.5%
	persönlicher Vermögensverlust Betrag	240	10.8%
136.	Reaktion auf Wertverlust	225	10.1%
137.	Erlös aus Anlagenverkauf	230	10.4%
138.	Betroffenheit durch Arbeitsmarktrisiken	106	4.8%
139.	Änderung Sparverhalten in 2009	106	4.8%
140.	Gründe für höhere Ersparnis in 2009	106	4.8%
141.	Gründe für geringere Ersparnis in 2009	107	4.8%
142.	Umschichtung Vermögen	134	6.0%
143.	Umschichtung wohin	152	6.8%
144.	grundsätzliche Änderung des Sparverhaltens	120	5.4%
145.	Verwendung Steuerbegünstigung	160	7.2%
146.	Verwendung Konsumgutschein	173	7.8%
147.	zukünftige Steuererhöhung wg. Konjunkturpaket?	147	6.6%
148.	langfr. Auswirkungen auf Renditen der priv. Altersvorsorge	68	3.1%
149.	Reaktion auf sinkende Renditen	179	8.1%
150.	mit Abgeltungssteuer beschäftigt?	71	3.2%
151.	Reaktion auf Abgeltungssteuer	81	3.6%
	Insgesamt	2222	100%

Fehlende Angaben zu Frage 135 nach Einkommensquintilen

Einkommensquintil	Missings
1. Q	6,0%
2. Q	3,5%
3. Q	1,8%
4. Q	1,5%
5. Q	0,3%

Anhang C: Fragen zur Finanz- und Wirtschaftskrise im SAVE Fragebogen 2009

Finanz- und Wirtschaftskrise

Aus aktuellem Anlass haben wir noch einige Fragen, die sich mit Ihrer Einschätzung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen beschäftigen.

134. Wenn Sie an die Vermögensverluste denken, die Anleger im Zug der Finanz- und Wirtschaftskrise hinnehmen mussten: Welche der folgenden Anlageformen hatten Ihrer Einschätzung nach die höchsten Verluste zu verzeichnen?

- Aktien deutscher Unternehmen
- Bundesanleihen
- Anleihen deutscher Banken und Unternehmen
- Spareinlagen bei deutschen Banken und Sparkassen
- Bausparverträge bei deutschen Bausparkassen
- Lebensversicherungen bei deutschen Versicherern

135. Haben Sie und/oder Ihr(e) Partner(in) persönlich durch die Finanzkrise Vermögensverluste erlitten? Wenn ja, wie hoch war der Verlust in 2008 insgesamt?

- Ja, und zwar in Höhe von € ➔ Frage 136
(bitte eintragen)
- Nein ➔ Frage 138

136. Was haben Sie mit den Anlagen gemacht, die an Wert verloren haben?

- Ich/wir habe(n) die Anlage(n) behalten ➔ Frage 138
- Ich/wir habe(n) die Anlage(n) teilweise verkauft ➔ Frage 137
- Ich/wir habe(n) die Anlage(n) komplett verkauft

137. Was haben Sie mit dem Erlös aus dem Verkauf der Anlagen gemacht?

- Ich/wir habe(n) das Geld größtenteils für Konsumgüter ausgegeben
- Ich/wir habe(n) das Geld größtenteils auf mein/unser Girokonto oder in eine andere Anlage übertragen

138. Einmal abgesehen von Vermögensverlusten: Sind Sie und/oder Ihr(e) Partner(in) bisher aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen von...
Mehrfachnennungen möglich
- Einkommensverlusten
- Verlust des Arbeitsplatzes
- Kurzarbeit
- Unsicherer gewordener Arbeitsplatz
- Nichts davon
139. Wenn Sie an das laufende Jahr 2009 denken, werden Sie und Ihr(e) Partner(in) im Vergleich zu 2008 Ihr Sparverhalten ändern?
- Ja, ich/wir plane(n) mehr zu sparen als 2008 ➔ Frage 140
- Ja ich/wir plane(n) weniger zu sparen als 2008 bzw. Ersparnisse aufzulösen ➔ Frage 141
- Nein, ich/wir werde(n) in etwa genauso viel sparen wie 2008 ➔ Frage 142
- Weiß (noch) nicht
140. Warum planen Sie und Ihr(e) Partner(in) 2009 mehr zu sparen?
Mehrfachnennungen möglich
- Zum Ausgleich erlittener Vermögensverluste
- Um besser mit der gestiegenen Zukunftsunsicherheit umzugehen
- Ich/wir rechne(n) in naher Zukunft mit erhöhten Ausgaben ➔ Frage 142
- Weil ich/wir in Zukunft eine höhere Steuerlast aufgrund der stark gestiegenen Staatsschulden erwarte(n)
- Aus sonstigen Gründen
- und
 zwar:
 (bitte eintragen)
141. Warum planen Sie und Ihr(e) Partner(in) 2009 weniger zu sparen?
- Das Finanzmarktrisiko ist derzeit zu hoch, es lohnt sich nicht zu sparen
- Ich bin/wir sind verunsichert, wie mein/unser Geld am besten angelegt werden sollte
- Ich/wir habe(n) im laufenden Jahr ein geringeres Einkommen und kann/können nicht soviel sparen wie bisher
- Ich/wir habe(n) bereits genug für die Zukunft gespart
- Ich/wir möchte(n) das Geld lieber für Anschaffungen (Auto, Fernseher etc.) ausgeben
- Aus sonstigen Gründen
- und
 zwar:
 (bitte eintragen)
142. Haben Sie und Ihr(e) Partner(in) als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise Vermögen umgeschichtet?
- Ja ➔ Frage 143
- Nein ➔ Frage 144

143. Wohin haben Sie und Ihr(e) Partner(in) Vermögen umgeschichtet?
Mehrfachnennungen möglich
- Girokonten oder höhere Bargeldhaltung
- Sparanlagen (z. B. Sparbücher, Tages- und Festgeldkonten, Sparverträge)
- Bausparverträge
- Staatsschuldverschreibungen (z. B. Bundesschatzbriefe und -anleihen, Finanzierungsschätze)
- Festverzinsliche Wertpapiere von Unternehmen (z. B. Unternehmensanleihen, Pfandbriefe)
- Aktien- und Immobilienfonds (auch Aktienanleihen, börsennotierte Fonds, gemischte Fonds oder ähnliche Anlagen)
- Sonstige Wertpapiere (z. B. Discountzertifikate, Hedgefonds, Filmfonds, Windenergiefonds, Geldmarktfonds und andere Finanzinnovationen)
- Gold
- Immobilien
144. Wird die Finanzkrise Sie und Ihre(n) Partner(in) dazu bewegen, Ihr Sparverhalten in Zukunft grundsätzlich zu ändern?
- Ja, ich/wir werde(n) zukünftig verstärkt sichere Anlagen wählen
- Nein, ich/wir bleibe(n) gelassen und behalten unser Sparverhalten bei
- Kann ich (noch) nicht einschätzen
145. Die Bundesregierung hat als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise die privaten Haushalte von Steuern und Sozialbeiträgen entlastet und zusätzlich einen „Kinderbonus“ in Höhe von 100 Euro für jedes Kind, für das ein Anspruch auf Kindergeld besteht, eingeführt. Wie werden Sie und Ihr(e) Partner(in) das sich durch die ergriffenen Maßnahmen ergebende höhere Einkommen verwenden?
- Ich/wir werde(n) den gesamten Betrag sparen
- Ich/wir werde(n) den größten Teil sparen und einen kleineren Teil konsumieren
- Ich/wir werde(n) einen kleineren Teil sparen und den größeren Teil konsumieren
- Ich/wir werde(n) den gesamten Betrag zum Konsum verwenden
- Kann ich/können wir (noch) nicht einschätzen
- Entfällt, ich bin/wir sind davon nicht betroffen
146. Lange Zeit wurde in der Öffentlichkeit auch die Einführung von Konsumgutscheinen diskutiert. Mit diesen Gutscheinen können Sie beispielsweise in einem Einzelhandelsgeschäft Waren erwerben. Wenn es diese Konsumgutscheine gegeben hätte, was hätten Sie und Ihr(e) Partner(in) mit dem Gutschein gekauft?
- Etwas, das ich schon immer kaufen wollte, bisher aber kein Geld dafür übrig hatte
- Etwas, das ich ohnehin gekauft hätte

147. Die Umsetzung des Konjunkturpakets in den vergangenen Monaten hat die Verschuldung des Staates erhöht. Wird dies Ihrer Meinung nach zu Steuererhöhungen in der Zukunft führen?

- Ja, und zwar in naher Zukunft
- Ja, aber erst in ferner Zukunft für zukünftige Generationen
- Nein, weil die Bundesregierung bei den Ausgaben sparen wird
- Nein, weil ein höheres Wirtschaftswachstum Steuererhöhungen unnötig macht

148. Welche Auswirkung wird die Finanzkrise Ihrer Meinung nach langfristig auf die Renditen der privaten Altersvorsorge (z. B. Lebens- und Rentenversicherungen, Riester-Renten) haben?

- Die Renditen werden sinken
- Die Renditen werden unverändert bleiben ➔ Frage 149
- Die Renditen werden steigen
- Weiß nicht ➔ Frage 150

149. Wie würden Sie auf sinkende Renditen reagieren?

- Ich/wir würde(n) zukünftig mehr privat für das Alter vorsorgen
- Ich/wir würde(n) zukünftig weniger privat für das Alter vorsorgen
- Ich/wir würde(n) länger arbeiten, d. h. später in den Ruhestand gehen
- Entfällt, ich/wir würde(n) nicht privat für das Alter vor

150. Haben Sie oder Ihr(e) Partner(in) sich im letzten Jahr, also 2008, mit der Abgeltungssteuer und deren Auswirkungen beschäftigt?

- Ja ➔ Frage 151
- Nein ➔ Frage 152

151. Haben Sie oder Ihr(e) Partner(in) infolge Ihrer Beschäftigung mit der Abgeltungssteuer etwas unternommen?

- Ja, ich/wir habe(n) deswegen noch im letzten Jahr Aktien, Aktienfonds oder ähnliche Anlagen gekauft
- Ja, ich/wir habe(n) deswegen noch im letzten Jahr Aktien, Aktienfonds oder ähnliche Anlagen verkauft
- Nein, ich/wir habe(n) nichts unternommen

152. Abschließend möchte ich Sie noch um einen Kommentar zu unserer Befragung bitten. Was hat Ihnen am Fragebogen gefallen, was hat Ihnen nicht gefallen?

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit !!!

mea

Mannheimer Forschungsinstitut
Ökonomie und Demographischer Wandel

L13, 17
Universität Mannheim
68131 Mannheim

Tel 0621 - 181 18 62
Fax 0621 - 181 18 63

www.mea.uni-mannheim.de

